Dirk Stegmann: Die Deutsche Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein 1917-18

Konservative Sammlungsbewegungen in der Provinz

Die forcierte Industrialisierung im Gefolge der Hochkonjunktur der Jahre 1896-1913 veränderte die politische Landschaft des Deutschen Reiches nachhaltig. Sie ging einher mit der Emanzipation der Arbeiterschaft und ihrem Anspruch auf Partizipation an der politischen Macht. Wie reagierten die tradierten gesellschaftlichen Eliten in Politik, Wirtschaft und Verwaltung auf diese Veränderungen, die eine Bedrohung ihrer überkommenen Vormachtstellung darstellten ? Dieser Frage soll im Folgenden am Beispiel der politischen Entwicklung in Schleswig-Holstein zwischen 1912 und 1918 nachgegangen werden. Da die Quellenlage zu diesem Thema insgesamt unbefriedigend ist, z.B. Nachlässe der handelnden Personen nicht verfügbar waren, stützt sich die Untersuchung in der Hauptsache auf die konservative Presse, und hier insbesondere auf die seit Ende 1912 in Plön gedruckte deutsch- und freikonservative Zeitschrift „Nord-West“ sowie ausgewählte Provinzzeitungen in Altona, Kiel und Itzehoe, ergänzend auf Überlieferungen im Nachlass Kapp (Geschäftsnachlass der Deutschen Vaterlandspartei) sowie Akten des Alldeutschen Verbandes. Die Darstellung legt den Hauptakzent auf die Sozialstruktur der konservativen Bewegungen in Schleswig-Holstein, die in Abwehr des erstarkenden liberalen und sozialistischen Lagers seit 1912 entstanden.

Land und Stadt: Strukturveränderungen seit der Jahrhundertwende. Der Schwerpunkt der Erwerbstätigkeit in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein verlagerte sich seit der Jahrhundertwende endgültig zugunsten von Industrie, Handel und Verkehr, und das bisher dominante Gewicht der Landwirtschaft als Wirtschaftssektor nahm ab, auch wenn 1910[1] bei der letzten Vorkriegszählung in Preußen immer noch mehr Menschen in den Landgemeinden und Gutsbezirken als in den Städten lebten:

Tab. I: Erwerbstätige

	Landwirtschaft	Industrie einschl. Baugewerbe	Handel und Verkehr
1882	188 641	131 554	46 847
1895	196 650	166 006	69 223
1907	230 749 *	222 517	100 457

*Die Zahlen für 1907 sind nicht aussagekräftig, da die Reichsstatistik damals zum ersten Mal die mithelfenden Familienangehörigen mit einrechnete, die die realen Beschäftigungsverhältnisse verfälschen.

Tab. II: Bevölkerungsverteilung am 1. Dezember 1910

Städte	777 719
Landgemeinden	767 691
Gutsbezirke	75 594

1 Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat 1911, Berlin 1912, S. 11.

Vor allem die Bevölkerung in den Städten legte durch Binnenwanderung seit der Jahrhundertwende zu, das gilt vor allem für die beiden Großstädte Altona und Kiel, aber auch für Flensburg, Neumünster oder Wandsbek, während Städte unter 20 000 Einwohnern eher stagnierten:

Tab. III

a) Großstädte

	Altona	Kiel
1895	148 944	85 666
1900	161 501	107 977
1905	168 320	163 772
1910	172 628	211 627

b) Mittelstädte

	Flensburg	Neumünster	Wandsbek
1895	40 840	25 026	21 666
1900	48 922	28 472	27 966
1905	53 771	30 440	31 563
1910	60 922	34 555	35 212

c) Städte unter 20 000 Einwohner

	Elmshorn	Itzehoe	Rendsburg	Schleswig
1900	13 640	15 649	–	–
1905	13 984	16 195	15 577	19 116
1910	14 789	16 547	17 314	19 908

Vor allem das Wachstum Kiels war eindrucksvoll; die Stadt überrundete nach 1905 endgültig das bis dahin jahrzehntelang führende Altona. Verantwortlich dafür war – abgesehen von größeren Eingemeindungen wie etwa Gaardens mit knapp 14 000 Einwohnern im Jahre 1901 – der forcierte Ausbau der Stadt zum Reichskriegshafen. Hier residierten u. a. das Marineoberkommando für die Ostsee, die Kommandos mehrerer Marinedivisionen, die Inspektionen für das Torpedowesen, die Marineschule und das Sanitätsamt der Marinestation der Ostsee. Mit der Flottenrüstung des Deutschen Reiches seit 1898 expandierte die Schiffbau- und Werftindustrie, 1908 beschäftigten allein die Kaiserliche Werft 11 000[2], die von Krupp 1896 erworbene Germaniawerft damals mehr als 4000 und die Howaldtswerke über 2600 Arbeiter und Angestellte.

Wahlen[3] zum deutschen Reichstag 1898-1913: Der Aufstieg der SPD. Die Phase der Hochkonjunktur[4], die nur 1901/02 und 1907/08 durch kleine Zwischenkrisen unterbrochen wurde, begünstigte die Ausbreitung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung als politischer Kraft[5]. Die SPD wuchs nach dem Ende des Sozialistengesetzes 1890 trotz aller Behinderungen durch die staatliche Verwaltung kontinuierlich. Stärker noch kam die Gewerkschaftsbewegung voran, der Organisationsgrad der Industriearbeiter in Kiel und Altona lag zum Beispiel 1903 bei rund 45 Prozent, in ländlichen Gemeinden unter 5000 Ein-

2 K. Saul, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich 1903-1914, Düsseldorf 1974, S. 182.

3 Angaben nach M. Schwarz, MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.

4 Zur Industrialisierungsgeschichte Schleswig-Holsteins vgl. als Überblick U. J. Diederichs (Hg.), Schleswig-Holsteins Weg ins Industriezeitalter, Hamburg 1986; zur Arbeiterbewegung R. Paetau u. H. Rüdel (Hg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987 und dann vor allem R. Paetau, Konfrontation oder Kooperation. Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig-Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925, Neumünster 1988.

wohnern war er mit 15 Prozent[6] dagegen deutlich niedriger.

Seit 1890 lag die Zahl der für die Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen bei den Reichstagswahlen kontinuierlich über 30 Prozent, mit einem vorläufigen Höhepunkt 1903 bei 44,3 Prozent, sank dann leicht ab auf 38, 9 Prozent im Jahre 1907 und erreichte 1912 40,4 Prozent. Die Zahl der abgegebenen Stimmen bedeutete bei dem absoluten Mehrheitswahlrecht für den Reichstag jedoch nicht automatisch auch die Mehrheit der Mandate. In der Regel schlossen bürgerliche und konservative Parteien bei der so genannten Stichwahl, bei der die relative Mehrheit reichte, Wahlzweckbündnisse, um den sozialdemokratischen Kandidaten zu verhindern. Zudem wurde die SPD durch die seit 1867 beibehaltene Größe der Wahlkreiseinteilung, die die Bevölkerungsveränderungen nicht berücksichtigte, benachteiligt: So entsandten z. B. im Wahlkreis 10 (Herzogtum Lauenburg) 1907 55 000 Wahlberechtigte einen Abgeordneten nach Berlin, während im Wahlkreis Kiel dafür 340 000 Wahlberechtigte notwendig waren.[7]

Die SPD wurde eine Partei der Städte: „rd. 60% der Wähler in Gemeinden über 10 000 Einwohner“[8] votierten für sie, aber „nur rd. 25% in Gemeinden unter 2000 Einwohner“. Hochburgen waren die großstädtischen Wahlkreise: Langjähriger Inhaber des Reichstagsmandates im Wahlkreis 7 (Kiel) seit 1893 – mit einer einzigen Unterbrechung 1898 bis 1903 – war bis zu seinem Tod Ende 1920 durchgehend Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Freien Gewerkschaften Deutschlands. Gleiches gilt für den Wahlkreis 8 (Altona-Stormarn), den der Redakteur des „Hamburger Echos“, Karl Frohme, sogar von 1884 bis 1924 ununterbrochen innehatte. In den anderen Wahlkreisen war die SPD nur partiell erfolgreich, so 1903-1907 im Wahlkreis 2 (Flensburg-Apenrade) oder im Wahlkreis 6 (Pinneberg-Elmshorn-Glückstadt), wo Adolph von Elm von 1894 bis 1907 für drei Legislaturperioden das Mandat eroberte, und schließlich im Wahlkreis 10 (Herzogtum Lauenburg), wo Friedrich Lesche ein einziges Mal, 1903, erfolgreich war. In den stark landwirtschaftlich geprägten Wahlkreisen 3 (Schleswig-Eckernförde), 4 (Tondern-Husum-Eiderstedt) und 5 (Dithmarschen-Steinburg), ganz abgesehen von der „Grafenecke“ im Wahlkreis 9 (Plön-Oldenburg), war die Partei deutlich weniger erfolgreich, sieht man von partiellen Erfolgen im Kreis Süder-Dithmarschen einmal ab.

Das konservative Lager. Traditionell vertrat der politische Konservativismus, die Deutsch-Konservative Partei, in Preußen die Interessen des großen landwirtschaftlichen Besitzes, das heißt den grundbesitzenden Adel, die bürgerlichen Gutsbesitzer, die Gutspächter, aber auch die größeren Bauern, die Hofbesitzer. Ihre gemäßigt konservative Schwester, die Freikonservative Partei, suchte neben den landwirtschaftlichen Interessen auch die von Industrie, Handel und Gewerbe zu integrieren. Auch in Schleswig-Holstein blieb der landwirtschaftliche Besitz auf die beiden konservativen Parteien ausgerichtet.

5 Vgl. Paetau, passim; die Zahl der Mitglieder der SPD (inkl. Lübeck) stieg allein zwischen 1906 und 1914 von 23.567 auf 55.037 und die der Gewerkschaftsmitglieder zwischen 1896 und 1906 von 13.743 auf 36.639, vgl. D. Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf, Berlin 1976, S. 250; S. 720.

Bei den Wahlen zum deutschen Reichstag mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht gerieten beide konservativen Parteien seit 1900 zunehmend ins Hintertreffen. Die Deutsch-Konservative Partei, seit den 1880er Jahren in Wahlkreisen mit Großbesitz noch erfolgreich, konnte zuletzt bei den so genannten Flottenwahlen 1898 den Wahlkreis 9 (Oldenburg) erobern, danach ging sie leer aus.

Hier hatte Graf Conrad von Holstein, Rittergutsbesitzer auf Waterneverstorf, mehr als 20 Jahre bis zu seinem Tod 1897 das Mandat verteidigen können. Sein Nachfolger, Gustav von Tungeln, ein Gutspächter aus Schmöl, musste es 1898 dem freikonservativen Bewerber, dem Konsistorialpräsidenten Wilhelm Stockmann, überlassen. Nach dessen Ausscheiden 1905 – Stockmann wurde Regierungspräsident von Gumbinnen in Ostpreußen – fiel das Mandat bis zur Wahl 1907 an den ebenfalls freikonservativen Ernst Bokelmann, einen Justizrat aus Kiel, Vorstandsmitglied der provinziellen Anwaltskammer. Aber auch die Freikonservative Partei geriet in die Defensive. Im ebenfalls stark großagrarisch geprägten Wahlkreis 10 (Herzogtum Lauenburg) hatte Andreas Graf von Bernstorff die Wahl 1893 und 1898 noch für seine Partei entscheiden können. Danach ging dieser Wahlkreis endgültig an den Linksliberalismus bzw. zeitweise die SPD verloren. So war seit 1907 der politische Konservativismus in Schleswig-Holstein im Reichstag in Berlin nicht mehr vertreten.

Bei der letzten Vorkriegswahl 1912[9] konnten die beiden konservativen Parteien zusammen mit ihren Verbündeten, dem Bund der Landwirte (der teilweise eigene Kandidaten aufgestellt hatte) und der Wirtschaftlichen Vereinigung, insgesamt etwas mehr als 10 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, davon 5,4 Prozent für die Deutsch-Konservativen einschließlich des Bundes der Landwirte, 3 Prozent für die Freikonservativen und 1,9 Prozent für die Wirtschaftliche Vereinigung, innerhalb der die antisemitische Deutsch-Soziale Partei am stärksten war.

Demgegenüber erreichte 1912 die linksliberale Fortschrittliche Volkspartei 29,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Damit waren alle Reichstagsmandate in der Provinz, abgesehen von den beiden sozialdemokratischen Mandaten und dem kontinuierlich von einem Vertreter der dänischen Minderheit gehaltenen Mandat im Wahlkreis 1 (Hadersleben), in ihrer Hand.

1912 war es auf Reichsebene erstmals zu einem Wahlbündnis zwischen SPD und Fortschrittlicher Volkspartei gekommen, das zu einem erdrutschartigen Sieg der SPD führte, die jetzt mit 110 Reichstagsabgeordneten in den Reichstag einzog und die bei weitem größte Fraktion stellte. Da auch die Fortschrittliche Volkspartei Mandatsgewinne hatte verbuchen können und die Nationalliberale Partei unter ihren Führern Bassermann und Stresemann ihre Kontakte zur bürgerlichen Linken nicht abreißen lassen wollte, wurde das Schreckbild einer großen Linken, eines politischen „Blocks von Bassermann bis Bebel“, von konservativen Parteipolitikern an die

6 Vgl. Paetau, Konfrontation, S. 112.
7 Paetau, Konfrontation, S. 157.
8 Ebd., S. 170., auch für das folgende Zitat.
9 Zahlen nach Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins. Kiel 1967, S. 73.

Wand gemalt, gegen den ein „Block der Rechten“ positioniert werden müsse.

Unter dem Schock der Wahlen 1912 erfolgte langfristig eine Neuorientierung im politischen Konservativismus. Als klassische Honoratiorenparteien verfügten beide bis dato über keinen ausgebauten Parteiapparat. Die Kandidatenaufstellung erfolgte in der Regel durch ad hoc bestellte Wahlkomitees. Ein eigenes Parteibüro für Norddeutschland existierte seit den 1890er Jahren für die Deutsch-Konservative Partei allein in der preußischen Provinz Hannover. [10] Im so genannten 50er Ausschuss der Deutsch-Konservativen Partei in Berlin[11] war Schleswig-Holstein nur schwach vertreten. Delegierte waren 1910 zwei adlige Rittergutsbesitzer, Landrat a. D. Cai Friedrich von Bülow-Bothkamp und der Landtagsabgeordnete Theodor Graf v. Reventlow-Altenhof: Letzterer war gleichzeitig auch im Ausschuss des Bundes der Landwirte für die Provinz[12] vertreten und wurde 1913 kurzzeitig auch dessen Vorsitzender, bis er 1914 in das Preußische Herrenhaus berufen wurde. Sein Stellvertreter war der Gutsbesitzer Georg Henneberg in Hohenholm bei Gettorf, der andere Amtsvorsteher Theodor Meyer in Großbüttel bei Wöhrden.

Der Bund der Landwirte, die berufsständische Interessenvertretung der landwirtschaftlichen Besitzer, war im Gegensatz zur Deutsch-Konservativen Partei straff organisiert, eine eigene Geschäftsstelle befand sich in Kiel im Haus der Landwirte. Dem Bund gehörten 1902 in der Provinz 8470[13] Landwirte an, in erster Linie adelige und bürgerliche Rittergutsbesitzer, größere Pächter sowie Hofbesitzer, die in der Regel zugleich Amtsvorsteher waren. Legt man rund 22 000 landwirtschaftliche Besitzer mit mehr als 20 Hektar in der Provinz als potentielle Mitglieder des Bundes zugrunde, so sind das knapp 39 Prozent. Man muss davon ausgehen, dass der Bund der Landwirte ebenso wie in den ostelbischen Provinzen Preußens auch in Schleswig-Holstein für beide konservative Parteien das organisatorische Rückgrat bei Wahlen stellte. Das führte zu einer immer stärkeren Dominierung der politischen Partei durch den Interessenverband, denn der Bund der Landwirte war in dieser Ehe auf Dauer der aktivere Part: Ideologisch kultivierte er zunehmend einen völkischen Nationalismus sowie einen antikapitalistisch aufgeladenen Antisemitismus[14] – Agitationsebenen, die im übrigen seit 1912 auch in der Deutsch-Konservativen Partei reüssierten.[15]

Das nationalliberale Lager. Einen Abwärtstrend bei den Reichstagswahlen verzeichnete auch der Nationalliberalismus als Partei des städtischen Besitz- und Bildungsbürgertums sowie von Teilen des bäuerlichen und städtischen selbständigen Mittelstandes, der größeren Bauern, Kleinkaufleute und Handwerksmeister. Seit der Jahrhundertwende bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges konnte die Nationalliberale Partei zwischen 14 und 15 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. 1907 eroberte die Partei zuletzt mit dem Mühlenbesitzer Adolf Wommelsdorff im Wahlkreis 2 (Apenrade) ein Reichstagsmandat, im Wahlkreis 3 (Schleswig) zuletzt 1903 mit dem Landwirt

10 Konservativer Kalender 1910. Herausgegeben vom Hauptverein der Deutsch-Konservativen, Berlin 1910, S. 25 (Generalsekretär Kubel, Hannover).

11 Ebd., S. 22.

12 Bundeskalender für das Jahr 1912, hrsg. vom Bund der Landwirte, Berlin 1912.

13 Zahlen nach R. Möller, Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch (1860-1933). Die Folgen der Industrialisierung im Landkreis Steinburg (Elbe), Hamburg 2007, S. 137.

14 Vgl. dazu H. J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893-1914), Hannover 1967, bes. S. 111ff.

15 Vgl. den Beitrag „Was heißt konservativ?“, in: Konservativer Kalender 1913. Herausgegeben vom Hauptverein der Deutsch-Konservativen Partei, Berlin o. J. (1913), S. 6ff. Hier wurde gegen die „Juden und Judengenossen“ (S. 15) polemisiert und „die judo-liberale Presse“ (S. 7) massiv attackiert.

Nikolaus Mattsen und im Wahlkreis 4 (Tondern) mit dem Hofbesitzer Johannes Tönnies im Jahre 1898. Danach gingen alle drei Wahlkreise an den Linksliberalismus verloren. Ähnlich wie im Wahlkreis 2 konnte im Wahlkreis 5 (Norder-Dithmarschen) der Husumer Amtsgerichtsrat Wilhelm Görck das Mandat 1907 noch einmal erobern, danach ging dieser Wahlkreis ebenfalls an den Linksliberalismus verloren.

Die Verluste der Partei hingen auch damit zusammen, dass der Nationalliberalismus in Schleswig-Holstein sich zunehmend nach rechts orientierte. Der Landesverband der Partei gehörte „zum prononciert rechten Flügel“[16] innerhalb der Gesamtpartei und bildete zusammen mit dem großindustriell orientierten Landesverband Westfalen die rechte Speerspitze. An der Spitze des Provinzialausschusses für Schleswig-Holstein und Lübeck stand Anfang Januar 1914[17] der Brauereiindustrielle Anton Schifferer. Er gehörte 1912 auch zum Geschäftsführenden Ausschuss des Altnationalliberalen Reichsverbandes, der damals gegründeten Organisation des äußerst rechten Flügels auf Reichsebene.[18] Sein Stellvertreter war Justizrat Bong-Schmidt aus Flensburg, Schriftführer der Gymnasiallehrer Meyersahm aus Kiel. Als Kassierer fungierten Rechtsanwalt Müllenhoff (Kiel), der alldeutsche Ingenieur Cloß für den Stadtstaat Lübeck, der mit zum Landesverband gehörte, der Senator und Kaufmann Franz Marlow aus Altona und schließlich der Hofbesitzer Tiessen aus Meldorf. Diese Namen illustrieren eindringlich das Sozialprofil der Partei in Schleswig-Holstein: Besitz und Bildung, insbesondere in den Städten. Im Provinzialausschuss dominierten Fabrikanten, größere Kaufleute, Vertreter der Freien Berufe (Ärzte und Rechtsanwälte), höhere Justizbeamte (Amtsrichter), Gymnasiallehrer, Rektoren und Schulräte, auf dem Lande bürgerliche Ritterguts-, Guts- und Hofbesitzer.

Ende 1912 ging der Landesverband eine Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalliberalen in Hamburg ein, die ihrerseits seit 1910 einen deutlichen Schwenk nach rechts vollzogen hatten.[19] Anders als das konservative Lager verfügte die Partei aber über eine ausgebaute Organisationsstruktur. 1914 gab es eine Geschäftsstelle in Kiel unter einem Generalsekretär, und in sämtlichen Wahlkreisen Obleute. In allen Wahlkreisen mit Ausnahme des Wahlkreises I (Hadersleben-Sonderburg) existierten Nationalliberale Vereine, in Kiel auch ein eigenständiger Verein für den Parteinachwuchs, die Nationalliberale Jugend.

Die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus: Das Jahr 1913. Entgegengesetzt zu diesen Ergebnissen bei den Reichstagswahlen entwickelte sich die Situation bei den nach dem auf das Einkommen bezogenen Drei-Klassen-Wahlrecht gewählten Mandaten[20] für das Preußische Abgeordnetenhaus. Hier blieb das konservativ-nationalliberale Lager auf Dauer dominant. Bei den letzten Vorkriegswahlen 1913 zogen für Schleswig-Holstein 19 Abgeordnete in den Berliner Landtag ein; davon stellten die Deutsch-Konservativen zwei: den Grafen

16 Th. Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 118; H. Thieme, Nationaler Liberalismus in der Krise. Die nationalliberale Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses 1914-18, Boppard 1963, bes. S. 46f.

17 Angaben nach Organisationshandbuch der Nationalliberalen Partei des Deutschen Reiches. Sechster Jahrgang 1914/15, hrsg. vom Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei. Abgeschlossen am 24. Januar 1914, Berlin o. J. (1914).

18 Vgl. Thieme, Nationaler Liberalismus, S. 49.

19 D. Stegmann, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland. Sammlungspolitik 1897-1918, Köln u. Berlin 1970, S. 225f.

20 Angaben nach B. Mann (Bearb.), Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1867- 1918, Düsseldorf 1988.

Theodor von Reventlow-Altenhof[21] ; zweiter Mandatsträger war Josef Graf Baudissin. Vor allem Reventlow war einer der größten landwirtschaftlichen Besitzer im Lande, er verfügte über knapp 5.000 Hektar Land und Wald[22].

Die Freikonservativen gewannen neun Mandate, mit Ausnahme von zwei amtierenden Landräten, Joachim v. Bonin, Landrat in Wandsbek 1907-1918, und Klaus Brütt, Landrat in Rendsburg 1891-1919, waren alle übrigen Rittergutsbesitzer wie Paul Johannsen, Gutsbesitzer bzw. -verwalter oder Hofbesitzer.[23] Otto Graf von Moltke war als Klosterpropst von Uetersen Verwalter eines großen landwirtschaftlichen Besitzes.

Die Nationalliberalen eroberten mit Schifferer, Görck und Tönnies drei Mandate.

Die restlichen Mandatsträger waren drei Abgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei sowie zwei Vertreter der dänischen Minderheit. Alle drei linksliberalen Mandate wurden wiederum in städtischen Wahlkreisen gewonnen, für Kiel-Bordesholm-Neumünster durch den Kieler Mittelschullehrer und Stadtverordneten Ferdinand Hoff, in Altona durch den Rechtsanwalt und Notar Felix Waldstein und in Flensburg durch den Volksschullehrer Jakob Wittrock. Die SPD war im Abgeordnetenhaus hingegen überhaupt nicht vertreten.

Stellt man die Wahlergebnisse für den Reichstag und für das Abgeordnetenhaus einander gegenüber, so sind die Unterschiede eklatant. Je länger je mehr wurde das Abgeordnetenhaus die konservative Bastion gegenüber dem nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Männer-Wahlrecht gewählten Reichstag. Die Verteidigung des politischen Status quo wurde deshalb sowohl für die beiden konservativen Parteien als auch für die Nationalliberale Partei umso dringlicher, als durch den Linksrutsch bei den Reichstagswahlen 1912 neue Mehrheiten für eine Wahlrechtsreform in Preußen denkbar wurden. Jetzt wurde im Gegenzug die Sammlung der Konservativen im Lande das Gebot der Stunde.

Konservative Sammlung seit 1912. Als erster Schritt kam es zu einem Zusammengehen der beiden konservativen Parteien in der Provinz. Bereits am 25. März 1911[24] war in Altona ein Verband der Deutsch- und Freikonservativen Partei für die Provinz Schleswig-Holstein gegründet worden, der dann Anfang Oktober 1912 erstmals an die Öffentlichkeit trat. Ziel war die „Sammlung der Deutsch- und Freikonservativen sowie der rechtsstehenden vaterländischen Männer“, bekämpft werden sollten „jede Art der Demokratie“ und das „Freihändlertum“; „grundsätzlicher Gegner“ waren nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die Fortschrittliche Volkspartei. Diese Kampffront schloss ausdrücklich die Kooperation mit dem Bund der Landwirte in der Provinz mit ein.

Zu diesem Zweck wurde eigens eine neue Zeitschrift gegründet, „Nord-West“. Sie wurde von der Buchdruckerei Kavens in Plön gedruckt und erschien zunächst dreimal im Monat in Kiel. Sie sollte bewusst „ein volkstümliches Blatt“[25] sein. Die Zeitschrift erschien

21 Er gab ein Jahr später das Mandat auf, weil er Mitglied des Preußischen Herrenhauses wurde; auf ihn folgte der Gutsbesitzer G. Henneberg.

22 Zum Großbesitz in Schleswig-Holstein vgl. die Angaben bei Th. Häbich, Deutsche Latifundien, Königsberg 1929, S. 107-110.

23 L. Paulsen, Landwirt und Amtsvorsteher, für Schleswig; J. Meiforth, Hofbesitzer, für Steinburg; J. Peters, Hofbesitzer in Brunsbüttelkoog, für Süder-Dithmarschen; A. Wendroth, Hofbesitzer, für Segeberg; O. v. Dewitz, für Oldenburg, Landwirt und Gutsverwalter; K. Wentorp, Gutsbesitzer auf Rothenhausen bei Niendorf, für Herzogtum Lauenburg.

24 Nord-West, eine Deutsch- und Freikonservative Halbmonatsschrift 1. Jhg., Nr. 1, 6.10.1912, S. 4ff. auch für das Folgende.

25 Ebd., S. 6.

Einzelheft 20 Pf.

Nord-West

eine Deutsch- und Freikonservative Halbmonatschrift

erscheint zum 2. und 4. Sonntag eines jeden Monats

Geschäftsstelle: Kiel, Holstenstraße 104 :: Fernsprecher Nr. 5677

Nord-West kostet durch die Post bezogen 75 Pf. vierteljährlich einschl. Bestellgeld.
Unter Kreuzband durch die Geschäftsstelle 1 Mk.
Anzeigen aus der Provinz 25 Pf., von auswärts 30 Pf. f. d. zweispaltige Zeile

KÖNIGL. UNIV.-BIBLIOTHEK KIEL

Inhalt:

Nachdenkliches.
Zur Einführung von „Nord-West".
Verbandsangelegenheit.
Aus der Bewegung der Parteien.
Wahlen.
Für Freund und Feind.
Hamburg.
Das Gespenst der Teuerung.
Das Volk hungert.
Not rostet nicht.
Schutzzöllnerisch-freisinnige Fischer.
Pfarrer Traub und andere.
Der Viehhandel im Rechtsverkehr.
Aus unserer kleinen Mappe.
(Kieler Theater. Bücherschau. Mitarbeiter.)

1. Jahrgang Nr. 1

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Ludwig Schaper, Kiel, Holstenstraße 104.

Sonntag, 6. Oktober 1912

erstmalig Anfang Oktober 1912; 1913 hatte sie 1300 zahlende Bezieher bei einer Auflage von 5.000 Exemplaren. Herausgeber und Redakteur war Ludwig Schaper[26] , ein entschiedener Altliberaler, zeitweise Sekretär des rechtsliberalen Industriellen und Reichstags-

Inhalt:

Nachdenkliches.
Zur Einführung von „Nord-West".
Verbandsangelegenheit.
Aus der Bewegung der Parteien.
Wahlen.
Für Freund und Feind.
Hamburg.
Das Gespenst der Teuerung.
Das Volk hungert.
Rot rostet nicht.
Schutzzöllnerisch-freisinnige Fischer.
Pfarrer Traub und andere.
Der Viehhandel im Rechtsverkehr.
Aus unserer kleinen Mappe.
(Kieler Theater. Bücherschau. Mitarbeiter.)

Inhaltsverzeichnis der ersten Nummer von „Nord-West"

Linke Seite:
Das konservative Lager macht mobil – eine neue Parteizeitschrift: Zeitschriftenkopf von „Nord-West. Eine Deutsch- und Freikonservative Halbmonatszeitschrift"

abgeordneten Cornelius Freiherr Heyl von Herrnsheim aus Worms, dann Geschäftsführer des 1906 gegründeten Vaterländischen Arbeitnehmerbundes Hamburg und 1907 bis 1908 Gründer und Vorsitzender des Bundes vaterländischer Arbeitervereine, einer wirtschaftsfriedlichen, „gelben" Arbeitnehmerorganisation. Danach war er von 1909 bis 1911 als Angestellter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in Kiel beschäftigt gewesen, der sich um die nationalen Arbeiter – mit mäßigem Erfolg – bemühte. Der Nationale Arbeiterverein für Kiel und Umgebung hatte 1908 lediglich 300 Mitglieder, von denen 200 auf der Kaiserlichen Werft beschäftigt waren.[27]

Im Frühjahr 1913[28] setzte sich der Vorstand der Provinzialorganisation wie folgt zusammen: Vorsitzender war der deutsch-konservative Franz Graf von Waldersee, Rittergutsbesitzer auf Waterneverstorf bei Lütjenburg. Als Stellvertreter fungierte der freikonservative Justizrat Ernst Bokelmann aus Kiel, als Schriftführer der Rittergutsbesitzer Werner Freiherr von Hollen-Schönweide bei Plön und als Schatzmeister Graf von Reventlow-Uetersen. Als Beisitzer fungierten der Kontreadmiral z.D. Hans von Dresky aus Kiel, der Hofbesitzer Theodor Magens, der Präsident der Handelskammer Altona, der Maschinenbauindustrielle Johannes A. Menck, Geheimrat Poel-Neuhof, Besitzer des Gutes Trenthorst (ehemals Rumohr), sowie der Arzt Wurmb. Diese Zusammensetzung zeigt das Sozialprofil der vereinigten Konservativen recht deutlich: Landwirtschaftlicher Großbesitz, wobei die großen Namen der Provinz nicht fehlen, Guts- und Hofbesitzer; dann das Lager der Marine; die Industrie, vertreten durch Johannes A. Menck, 1908-1913 freikonservativer Landtagsabgeordneter, der 1907 durch Vorschläge[29] hervorgetreten war, das Wahlrecht in Preußen durch Einfügung berufsständischer Elemente im konservativen Sinne zu bewahren. Menck, entschiedener Gegner der SPD, war zudem führend in der norddeutschen Ar-

26 Vgl. Saul, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung, S. 140, S. 466 Anm.76.; K. Mattheier, Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik, Düsseldorf 1973, S. 355.
27 Saul, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung, S. 182.
28 Nord-West Nr. 6, 23.3.1913, S. 96.
29 J. A. Menck, Zur Reform des preußischen Wahlrechts, Hamburg 1907.

beitgeberbewegung und zeitweise stellvertretender Vorsitzender des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller. Auch die Freien Berufe fehlten nicht, sie waren vertreten durch einen Arzt und den Anwalt Bokelmann, der ja von 1905 bis 1907 Reichstagsabgeordneter gewesen war und als Vorstandsmitglied der schleswig-holsteinischen Anwaltskammer eine hervorgehobene Position innehatte. [30]

Ein erster regionaler Parteitag wurde am 12. März 1913 in Altona abgehalten; hatte der Verband nach eigenen Angaben im Sommer 1911 lediglich sieben Ortsvereine mit 175 Mitgliedern gehabt, so wuchs er bis zum Frühjahr 1913 auf 45 Ortsvereine mit mehr als 4300 Mitgliedern[31] an. Eine strategisch herausgehobene Stellung nahmen die beiden Ortsvereine in den größten Städten Altona und Kiel ein. In Altona war er im Januar 1911 aus dem Patriotischen Verein hervorgegangen, einer Gründung des Ersten Staatsanwalts am Landgericht, Kobligk; 1913 hatte er 543 Mitglieder. In Kiel war erster Vorsitzender zunächst Kontreadmiral von Dresky, sein Vertreter Landgerichtsdirektor von Grolmann. Im Kriege sollte ihn dann der Kieler Oberlehrer Ernst Oberfohren beerben. Oberfohren, 1881 geboren, hatte 1914 bei Bernhard Harms in Kiel promoviert und wurde Ende 1916 zweiter, spätestens im Oktober 1917[32] erster Vorsitzender des Ortsvereins, nachdem er bereits Ende 1916 zum verantwortlichen Herausgeber und Redakteur von „Nord-West“ bestellt worden war. Mit diesen Ämtern begann seine politische Karriere.[33]

Weitere größere Ortsvereine bestanden in Plön (unter Vorsitz eines Oberlehrers), in Wandsbek, Cismar und Oldenburg. Auch im benachbarten Stadtstaat Lübeck wurde Ende 1912 „mit Hilfe des Verbandes“[34] ein Ortsverein gegründet, der am 1. Februar 1913 erstmals mit Schaper als Redner öffentlich hervortrat. Vorsitzender war hier der pensionierte Oberstleutnant Thiel[35], 1917 saßen dann mehrheitlich Volksschullehrer, kleine Handwerksmeister und Kleinkaufleute im Vorstand.[36] Diese Auflistung zeigt, dass die konservative Bewegung nicht auf die gesellschaftlichen Eliten beschränkt blieb, sondern auch den kleinen Mittelstand zu erreichen suchte.

Die vereinigten Konservativen in der Provinz schlugen auch Verbindungen zu den Konservativen in Hamburg. Dort hatte sich Ende 1912 eine Hamburgisch-Konservative Vereinigung[37], mehrheitlich ehemalige Nationalliberale, gebildet, die unter ihrem Vorsitzenden, dem Oberlandesgerichtsrat Andreas Koch, eine Arbeitsgemeinschaft mit den Schleswig-Holsteinern einging. Von vier Hamburger Führungsmitgliedern, darunter der Bankier Cornelius Freiherr von Berenberg-Gossler, gehörten zwei – Landrichter Rudolf Albert und Kaidirektor Paul Winter – auch dem Alldeutschen Verband an. Mitglied der Hamburgisch-Konservativen Vereinigung war auch der Bankier Max von Schinckel, nach dem Verkauf der Norddeutschen Bank persönlich haftender Gesellschafter der Disconto-Gesellschaft in Berlin, der damals größten deutschen Bank; ein Indiz dafür, wie stark ein Teil der Hamburger Honoratioren seit 1912 nach rechts gerückt war. Die Hamburgisch-Konservative Vereinigung hatte Ende 1913 1100 Mitglieder, vornehmlich aus den Kreisen von Be-

30 Im September 1913 ersetzte der Kieler Rechtsanwalt Schäfer Frhr. v. Hollen, der nun als Beisitzer fungierte, neu kam der freikonservative Abgeordnete Johannsen, Rittergutsbesitzer bei Preetz, hinzu, vgl. Nord-West Nr. 18, 28.9.1913, S. 300.

31 Angaben und Zahlen nach Nord-West, Nr. 6, 23.3.1913, S. 92.

32 Nord-West Nr. 3, 30.10.1917, S. 24; offiziell fungierte Oberfohren ab Nr. 9, 30.12.16, als Herausgeber und verantwortlicher Redakteur, davor war 1914/15 ein promovierter Jurist, Dr. Lehnsen, als Redakteur tätig gewesen. Schaper war Anfang April 1914 gestorben, vgl. Saul, S. 466, Anm. 76.

33 Zur politischen Karriere Oberfohrens in der Weimarer Republik vgl. P. Wulf, Ernst Oberfohren und die DNVP am Ende der Weimarer Republik, in: “Wir bauen das Reich”. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, hg. von E. Hoffmann u. P. Wulf, Neumünster 1983, S. 165ff.; Wulf übergeht die Anfänge Oberfohrens als Politiker vor 1919.

34 So Graf v. Waldersee, in: Nord-West, Nr. 6, 23.3.1913, S. 92.

35 Nord-West Nr. 3, 9.2.1913, S. 38.

36 Lübecker Adressbuch für 1917, Lübeck 1917, S. 938.

37 Vgl. Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 317f.

Beginn einer politischen Karriere: Ernst Oberfohren, seit Dezember 1916 verantwortlicher Redakteur der Parteizeitschrift „Nord-West"
Quelle: Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918-1928. Essen 1928; Bild ca. 1928, vor S. 305.

sitz und Bildung; bei den Bürgerschaftswahlen Anfang 1913[38] erzielte sie 11 000 Stimmen. Das war gegenüber 48 000 Stimmen für die nationalliberale Rechte und 63 000 für die Vereinigte (bürgerliche) Linke nur ein Achtungserfolg, aber die forcierte Werbung in „Nord-West" für den „Großstadt-Konservativismus"[39] signalisiert doch, dass der „neue" Konservativismus, der sich nun von seiner bislang vorrangigen Ausrichtung auf die Landwirtschaft zu lösen suchte, auch im städtischen Milieu Einzug hielt.

In der politischen Werbearbeit spielte die Betonung des nationalen Gedankens, neben dem so genannten Schutz der nationalen Arbeit, also der Aufrechterhaltung der schutzzöllnerischen Wirtschafts- und Handelspolitik und der Bekämpfung der Sozialdemokratie und des Linksliberalismus die entscheidende Rolle. Besonders im Jahr 1913 – 25jähriges Regierungsjubiläum des Kaisers,

38 Zahlen nach Nord-West Nr. 3, 9.2.1913, S. 49; ebd., S. 50 f., Das konservative Hamburg.
39 Vgl. u. a. das Referat des Landgerichtsrates Dr. Krebs über konservative Großstadtpolitik, in: Nord-West Nr. 4, 24.11.1912, S. 67.

100 Jahre Völkerschlacht bei Leipzig – wurde der reichsdeutsche Patriotismus beschworen: Der Appell an den Nationalismus erschien als probates Mittel zur Integration der Nation, wobei die Hoffnung bestand, auch Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft mittels des nationalen Gedankens gewinnen zu können, nicht zuletzt auch angesichts der drohenden Gefahr eines europäischen Krieges im Gefolge der Balkankriege.

Der verstärkte Appell im konservativen Lager an den nationalen Gedanken machte jetzt auch den nationalistischen Alldeutschen Verband hoffähig. Dieser hatte nicht von ungefähr seit dem Sommer 1913 auf Reichsebene enge Kontakte[40] zu den Spitzenvertretungen des Bundes der Landwirte in Berlin und zur rheinisch-westfälischen Schwerindustrie unter Führung des Vorstandsvorsitzenden von Krupp, Alfred Hugenberg, angebahnt. Die radikale Programmschrift seines Vorsitzenden Heinrich Claß, die unter dem Pseudonym Daniel Frymann „Wenn ich der Kaiser wär“ unter dem Eindruck des Linksrucks bei den Wahlen 1912 geschrieben worden war, wurde auch in „Nord-West“ annotiert, Oberfohren referierte im Ortsverein über das Buch.[41] Frymann-Claß plädierte hier für die Entmachtung des Reichstages durch Änderung des Reichstagswahlrechts, außenpolitisch optierte er wenig verhüllt für einen Präventivkrieg. Dieses Buch hatte nachweislich zahlreiche Befürworter in konservativen Kreisen der Militärs, des Großgrundbesitzes, der Schwerindustrie und der höheren Beamten.

Der Alldeutsche Verband selbst war im Stadtstaat Hamburg im konservativen und nationalliberalen Milieu gut verankert. Alldeutsche wie der Landrichter Albert und der Kaidirektor Winter saßen in der Führung der Hamburgisch-Konservativen Vereinigung und der Landgerichtsdirektor Karl Lohmann, ein Intimus von Claß, im Führungsgremium der Nationalliberalen Partei in Altona.

In Schleswig-Holstein gab es bis 1918[42] nur zwei alldeutsche Ortsgruppen: Einmal in Flensburg mit einem Arzt und einem Amtsvorsteher als Vorsitzenden beziehungsweise Stellvertreter und einem Oberlehrer als Kassenwart; dann in Kiel, wo ebenfalls zwei Ärzte an der Spitze standen, Schatzmeister war hier ein Ingenieur. Die Leitung des Nordelbischen Gauverbandes lag dagegen in Lübeck unter der Leitung eines Oberlehrers. Spätestens im Kriege[43] kann man außerdem davon ausgehen, dass Landtagsabgeordnete wie der Nationalliberale Görck, der Freikonservative Bokelmann und der deutsch-konservative Graf Rantzau-Breitenbach Verbandsmitglieder wurden. Als Vertrauensleute für die Gruppe des Adels fungierten damals in Kiel Oberfohren und Rechtsanwalt Schäfer, der seit 1913 im Vorstand des Verbandes der Deutsch- und Freikonservativen saß. Bokelmann spendete so im Herbst 1917 Geld für die im April gegründete alldeutsche „Deutsche Zeitung“ in Berlin, die ihre Spalten auch dem Antisemitismus mit massiven Angriffen auf die „judo-liberale Presse“ – gemeint waren die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“– öffnete. Auch Graf Rantzau-Breitenbach zeigte sich mit den Zielen des Verbandes intern „völlig einig

40 Vgl. zu diesem Zusammenhang Stegmann, Die Erben Bismarcks, bes. S. 396ff.

41 Vgl. Nord-West Nr. 4, 24.11.1912, S. 68; demnach referierte Oberfohren über „Frydank“- gemeint war Frymann -, ohne Details. Zur zeitgenössischen Rezeption dieser alldeutschen Programmschrift vgl. Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 293ff. Als Verfasser des Buches wurden u. a. Tirpitz oder Graf. v. Posadowsky-Wehner, der langjährige Staatssekretär des Innern, vermutet.

42 Handbuch des Alldeutschen Verbandes, 22. Auflage, abgeschlossen am 1. Juni 1918, Mainz o. J. (1918), S. 33, S. 40.

43 Vgl. BA Berlin, ADV Nr. 177a, Reisebericht (2.- 4. September 1917 und 6.- 13. November 1917) des alldeutschen Werbers in Norddeutschland, des Starnberger Arztes Dr. O. H. Hopfen, an die Verbandsleitung in Berlin, auch für das Folgende. Hopfen sollte in erster Linie Gelder für die „Deutsche Zeitung“ in Berlin auftreiben. Zu Görck vgl. Thieme, Nationaler Liberalismus, S. 38.

und kampfbereit“. Oberfohren schließlich engagierte sich 1917 als Vortragender für den Alldeutschen Verband.

Entwicklungen im Krieg 1914-1916. Nach Kriegsausbruch konnten im Zeichen der sog. Burgfriedenspolitik bis 1916 die alten Konfliktlinien durch den Appell an die Einheit der Nation und den Patriotismus, wenn auch mühsam, überdeckt werden. Seit Ende 1916 brachen die politischen Auseinandersetzungen indes in alter Schärfe wieder auf. Dafür waren mehrere Gründe maßgebend: Mit der Freigabe der öffentlichen Kriegszielerörterung Ende 1916 durch die zivile Reichsleitung, die bis dahin durch die Zensur weitgehend verhindert worden war, wurde deutlich, dass sich die Auffassungen über die deutschen Kriegsziele im rechten und im linken Lager der deutschen Gesellschaft diametral gegenüberstanden: Hier Annexionen in West und Ost, dort Stimmen, die angesichts der Verschlechterung der Kriegslage an den militärischen Fronten einer Verständigung mit den Gegnern ohne Annexionen und Kontributionen das Wort redeten. Eine weitere Konfliktlinie ergab sich durch die sozialpolitischen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Verabschiedung des so genannten Hilfsdienstgesetzes durch den Reichstag Anfang 1917; dieses Gesetz, welches das Unternehmerlager erbittert bekämpft hatte, führte faktisch zur Anerkennung der Freien Gewerkschaften als Verhandlungspartner durch die Regierung, ein Ziel, für das die Gewerkschaftsbewegung bis dahin vergeblich gekämpft hatte. Die Zuspitzung der Ernährungslage im Steckrübenwinter 1916/17 endlich führte dazu, dass die Landwirtschaft die staatliche Ernährungspolitik heftig kritisierte.

Die politischen Auseinandersetzungen kulminierten, als die Reichsregierung im April 1917, zwei Monate nach der Februar-Revolution in Russland, mit der so genannten Osterbotschaft des Kaisers eine Wahlrechtsreform in Preußen in Aussicht stellte. Eine weitere Zuspitzung erfuhr diese neue politische Situation dadurch, dass der Reichstag mit seiner neuen Mehrheit seit dem Sommer 1917 aus SPD, Fortschrittlicher Volkspartei und Zentrum – das katholische Zentrum hatte sich unter Führung Matthias Erzbergers auf die Seite der bürgerlichen Linken geschlagen – in der so genannten Friedensresolution jetzt für einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kontributionen optierte und sich innenpolitisch für eine Neuorientierung aussprach, die die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen als Perspektive hatte und sich zudem für die Einsetzung eines Verfassungsausschusses stark machte. Damit schien, bei allen Unwägbarkeiten im Detail, der Weg zur Demokratisierung Preußens und zur Parlamentarisierung des Reiches vorgezeichnet.

Das konservative Lager suchte dieser Entwicklung zunächst mit dem alten Appell an den Nationalismus Einhalt zu gebieten. Schon vor der offiziellen öffentlichen Freigabe der Kriegszieldebatte, unbehelligt von der militärischen Zensur, hatte die Zeitschrift „Nord-West“ Anfang September 1916[44] einen Aufruf für einen so genannten „deutschen Frieden“ veröffentlicht, der unter anderem von Graf

44 Nord-West Nr. 34, 10.9.1916, S. 269.

von Waldersee, dem Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Georg Henneberg, Oberfohren sowie Admiral August von Thomsen unterzeichnet war. Seit Mai 1917 wurde der Ton entschiedener: Der „deutsche Frieden", wie ihn auch von der in Berlin gegründete Unabhängige Ausschuss für einen Deutschen Frieden[45] unter Führung des alldeutschen Historikers Dietrich Schäfer forderte – hinter dem vor allem die Gelder der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie standen – wurde dem „Verzichtfrieden"[46] der SPD entgegengestellt. Gleichzeitig wurde strikt gegen jedwede Neuorientierung im Sinne demokratischer Reformen Stellung genommen; diese wurde im Gegenzug als demagogische Mache einer „bestimmte(n) Gesellschaftsschicht, die heute schon kapitalistisch und wirtschaftlich herrscht"[47], dem „börsianischen Kapitalismus", angelastet. Das war ein wenig verhüllter Angriff auf die deutschen Juden, denen unterstellt wurde, sie agierten als Hintermänner in den Parteien von SPD und Fortschrittlicher Volkspartei, um die von der Regierung in Aussicht gestellten Reformen im demokratischen Sinne weiter voranzutreiben. Als Gegenmodell[48] wurde wieder ganz allgemein die innere Einheit der Nation beschworen, die Rückkehr zum Burgfrieden der Jahre 1914-1916; bestenfalls wurde die Bereitschaft signalisiert, ein Wahlrecht zu unterstützen, das auf ständischer Grundlage aufbaue.[49]

Radikalisierung 1917. Die Verabschiedung der Friedensresolution im Juli 1917 durch die neue Reichstagsmehrheit radikalisierte das konservative Lager endgültig. Dem verbalen Protest folgten jetzt konkrete organisatorische Maßnahmen: Die vereinigte Rechte lud am 30. August 1917[50] in „Nord-West" in den Wriedt'schen Saal nach Kiel für den 2. September zu einer „Nordmarken-Versammlung für einen deutschen Frieden" ein, wenige Tage, nachdem sich in Hamburg ein Landesverein des Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden[51] konstituiert hatte. Diese Versammlung in Kiel muss als schleswig-holsteinisches Pendant gewertet werden.

Als Redner dieser Gegenplattform zur Reichstagsmehrheit traten der stellvertretende Vorsitzende der vereinigten Konservativen, Justizrat Ernst Bokelmann, und der nationalliberale Landtagsabgeordnete Walter Bacmeister aus Elberfeld, ein fanatischer Alldeutscher und glühender Annexionist, auf. Neu war, dass sich die Einladungsadresse diesmal ausdrücklich auch für die Teilnahme von Frauen aussprach: „Auch die Frauen sind willkommen".

Den Appell hatten 123 Personen unterzeichnet, er zeigt die Reichweite der Protestbewegung. Solidarisiert hatten sich sieben Landtagsabgeordnete, zwei Deutsch-Konservative (Josef Graf von Baudissin, Georg Henneberg), zwei Freikonservative (Paul Johannsen, Jakob Meiforth) und drei Nationalliberale (Wilhelm Görck, Nikolaus Matzen, Johannes Tönnies) sowie drei Herrenhausmitglieder (Thies Engelbrecht, Franz Graf von Waldersee, und der Generaloberarzt der Marine-Reserve a.D., Geheimrat Gustav Neuber). Weitere deutsch-konservative Parteipolitiker waren Oberfohren und Schäfer aus Kiel, für das nationalliberale Lager stand Justizrat

45 Vgl. Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 465 f.

46 Nord-West Nr. 22, 10.5.17,S. 169f., Rückschau. Der Artikel stammte vermutlich von Oberfohren.

47 Nord-West Nr. 23, 20.5.1917, S.183, Zur Neuorientierung. Die Masse dieser Abwehrartikel waren ungezeichnet, vermutlich stammen sie von Oberfohren selbst, dem verantwortlichen Redakteur, vgl. Nr. 28, 10.7.17, S. 217 f., Rückschau; Nr. 29, 20.7.17, S. 225f., Rückschau; Nr. 30, 30.7.17, S. 233f., Rückschau.

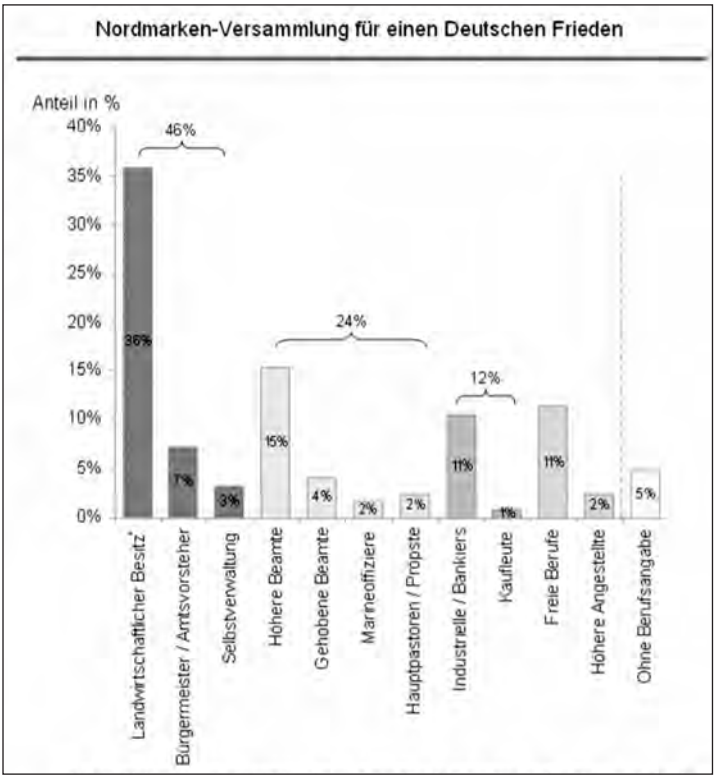
48 In diesem Sinne argumentierte Graf v. Moltke, vgl. Nord-West Nr. 25, 10.6.17, S. 195f, Zur Osterbotschaft.

49 Nord-West Nr. 23, 20.5.17, S. 183f.

50 Nord-West Nr. 33, 30.8.17, S. 264.

51 StA Hamburg, Politische Polizei Nr. S 20648, anscheinend am 29. August 1917.

Bong-Schmidt aus Flensburg. Aus der Selbstverwaltung der Provinz kam Landeshauptmann Karl Graf von Platen-Hallermund, aus der kommunalen Selbstverwaltung drei Bürgermeister, Dohrn (Wesselburen), Lederer (Meldorf) und Max Röer, Oberbürgermeister von Neumünster sowie sechs Amtsvorsteher kleinerer ländlicher Gemeinden. Aus dem Bereich von Industrie, Handel und Gewerbe hatten die Handelskammerpräsidenten von Kiel, Christian Andersen, und von Flensburg, Ernst Kallsen, der stellvertretende Vorsitzende der Handelskammer Altona, Theodor Bartram, der Kieler Bankier Ludwig Ahlmann sowie die Kommerzienräte Hinrich Blunck aus Neumünster und Thormann aus Rendsburg unterzeichnet. Das Lager der Landwirtschaft war nicht nur durch prominente adelige Rittergutsbesitzer wie Graf zu Rantzau-Breitenburg, den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer der Provinz, Graf von Waldersee und Graf zu Baudissin, sondern auch durch eine große Anzahl bürgerlicher Gutsbesitzer, Pächter und großer Bauern (unter anderen Heim-Osterfelde, den Vater von Claus Heim, dem späteren Führer der Landvolkbewegung) repräsentiert. Das universitäre Feld markierten vier Professoren der Kieler Universität (der Physiker Dieterici, der Historiker Arnold O. Meyer, die Juristen Max Pappenheim und Prinz). Die Gruppe der höheren Beamten wurde angeführt von dem Flensburger Landgerichtspräsidenten Groth und dem pensionierten Regierungspräsidenten Wilhelm Stockmann aus Kiel. Hinzu kamen zahlreiche Gymnasiallehrer aus dem städtischen Umfeld (Lauen-



burg, Husum, Wandsbek, Flensburg, Preetz, Kiel, Altona) sowie mehrere höhere Justizbeamte, in Sonderheit Amtsgerichtsräte. Auch die freien Berufe waren prominent vertreten: die Ärzte unter anderem durch den Vorsitzenden der Ärztekammer der Provinz, Barlach, aus Neumünster; ähnliches gilt für die Rechtsanwälte und Notare, hier war unter anderem die Anwaltskammer Schleswig-Holsteins durch ihre Vorstandsmitglieder Bokelmann, Meyer (Heide) und Bong-Schmidt (Flensburg) präsent. Die protestantische Kirche endlich war durch drei Pröpste engagiert, die Hauptpastoren Georg Sieveking aus Husum, Friedrich Mau aus Marne und Valentiner aus Sonderburg. Dieses Namenstableau zeigt die Breite der Protestbewegung in Besitz und Bildung gegen die Reichstagsmehrheit. Das Milieu der Honoratioren blieb allerdings bei diesem Aufruf unter sich, die „kleinen Leute" fehlten, was wohl damit zu erklären ist, dass man eher auf die meinungsbildende Zugkraft der großen Namen im Honoratiorenmilieu vertraute. Aus diesem Grunde war zunächst der alte Mittelstand, Handwerksmeister und selbständige Kleinkaufleute, abwesend; gleiches gilt für den neuen Mittelstand, die Angestellten und kleinen und mittleren Beamten, und auch für die Volksschullehrer, ganz zu schweigen von den Vertretern der nationalen Arbeiterschaft.

Die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei. Die organisatorische Verfestigung dieses Protestes erfolgte auf Reichsebene nahezu zeitgleich in Ostpreußen. Am Sedantag, dem 2. September 1917, wurde in Königsberg als Wiege der preußischen Monarchie die Deutsche Vaterlandspartei[52] gegründet, die sich als überparteiliche Sammlungsbewegung definierte. An ihre Spitze traten Großadmiral Alfred von Tirpitz und der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, ein entschiedener Deutsch-Konservativer; den Ehrenvorsitz übernahm Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin. Der erste Parteitag fand am 24. September in Berlin statt.

Die neue Partei war die organisierte Protestbewegung gegen die Reichstagsmehrheit, eine radikale nationalistische Agitation stand im Mittelpunkt ihrer Politik. Außenpolitisch propagierte sie einen so genannten Deutschen beziehungsweise Hindenburg-Frieden, der weitreichende Annexionen im Westen und im Osten vorsah. Innenpolitisch plädierte sie für den Aufschub der eingeleiteten Reformen, über die erst nach dem siegreichen Ende des Krieges entschieden werden sollte. Faktisch bedeutete das die Forderung nach dem Stopp der angelaufenen Reformdebatte.

Die Vaterlandspartei ist die erste erfolgreiche außerparlamentarische Sammlungsbewegung von rechts in der Geschichte des Kaiserreiches; in ihrer Agitation und Propaganda sind proto-faschistische Elemente nicht zu übersehen, wenn auch insgesamt die Elemente traditioneller Honoratiorenpolitik überwiegen. Die Gegengründung des anderen Lagers, der Volksbund für Freiheit und Vaterland, hinter dem die sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften, die katholischen Christlichen Gewerkschaften, die Masse der liberalen Ange-

52 Vgl. Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 497 ff.; ders., Vom Neokonservatismus zum Proto-Faschismus: Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893-1920, In: Deutscher Konservatismus im 19. u. 20. Jahrhundert, hg. von D. Stegmann/B. J. Wendt/P. Chr. Witt, Bonn 1983, S. 199-230; zuletzt zur Vaterlandspartei: H. Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches, Düsseldorf 1997; kritisch dazu: D. Stegmann, in: ZfG 10, 1999, S. 952 f. Ich hoffe, in nächster Zeit meine lange angekündigte Arbeit über die Vaterlandspartei abschließen zu können.

stellten- und Beamtenverbände sowie die Parteien der Reichstagsmehrheit standen, konnte bei weitem nicht die organisatorische Stärke und die Propagandamacht der Vaterlandspartei erreichen. In Schleswig-Holstein trat so der Volksbund öffentlich überhaupt nicht in Erscheinung.

Er verfügte allerdings auch nicht über die reichen Geldmittel, die die Hintermänner der Vaterlandspartei zur Verfügung stellten: Die Großindustrie, insbesondere das schwerindustrielle Lager um Alfred Hugenberg, Hugo Stinnes und Emil Kirdorf, die als so genanntes Dreimänner-Kollegium[53] die finanziellen Zuwendungen der Ruhrindustrie bündelten, steuerte 1917/1918 mehr als zwei Millionen Reichsmark zur Finanzierung bei, die größte Summe in der Geschichte der deutschen Parteienfinanzierung bis 1918[54].

Auf ihrem Höhepunkt im Sommer 1918 verfügte die Vaterlandspartei über 32 Landesvereine von Ostpreußen bis zum Bodensee und über 2536 Ortsvereine. Ihr waren rund 800000 Einzelmitglieder angeschlossen, mit den korporativ angeschlossenen Vereinen wie dem Deutschen Flottenverein, dem Deutschen Ostmarkenverein oder der Deutschen Kolonialgesellschaft waren es weit mehr als eine Million Mitglieder.

Vizeadmiral Heinrich Dähnhardt (1863-1944), 1. Vorsitzender des Landesvereins Schleswig-Holstein der Deutschen Vaterlandspartei, von März 1914 bis zur Verabschiedung im Januar 1916 Direktor des Etatdepartements im Reichsmarineamt, enger Parteigänger des Großadmirals Alfred von Tirpitz

Der Landesverein Schleswig-Holstein. Schon am 20. September 1917[55] verteidigte „Nord-West" die Gründung: Innenpolitisch stehe diese für „deutsche Freiheit" gegen die „unechte Demokratie" von SPD und Linksliberalismus; außenpolitisch sei nicht ein schwächlicher „Scheidemannfrieden", sondern ein „Hindenburgfrieden, der Deutschland frei und groß und mächtig macht", das Gebot der Stunde. Die Gründung eines Landesvereins in Schleswig-Holstein erfolgte am 24. November 1917[56] relativ spät, erst nachdem bereits vorher zahlreiche Orts- und Kreisvereine entstanden waren. Die Geschäftsstelle der Partei lag in Altona, zum Ehrenvorsitzenden wurde Großadmiral Hans von Koester, Herrenhausmitglied von 1905 bis 1918, berufen. Erster Vorsitzender wurde ebenfalls ein hoher Marineoffizier, Vizeadmiral z. D. Heinz H. Dähnhardt aus Altona, ein enger Mitarbeiter von Tirpitz, von März 1914 bis Januar 1916 Direktor des Etatdepartements im Reichsmarineamt, zweiter Vorsitzender der Altonaer Rechtsanwalt Richard Hüttmann und dritte Vorsitzende Martha Voß-Zietz aus Schwartau.

Damit griff die Partei hier nicht auf die bewährten Repräsentanten der alten Eliten zurück, sondern ließ homines novi an die Spitze treten: War Dähnhardt sicherlich deshalb berufen worden, weil damit das marinebegeisterte Tirpitz-Lager in Schleswig-Holstein integriert werden sollte, so war Hüttmann bis dahin überhaupt nicht hervorgetreten. Er war überzeugter Antisemit und hatte 1912[57] zu den Mitbegründern des Reichs-Hammerbundes gehört, einer antisemitischen Dachorganisation, die sich um den sächsischen Antisemiten Theodor Fritsch und dessen Zeitschrift „Der Hammer. Blätter für deutschen Sinn" sammelte. Hüttmann selbst engagierte sich in seinem neuen Amt öffentlich nicht als Redner und blieb als Organisator

53 D. Guratzsch, Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums, Düsseldorf 1974, bes. S. 105.

54 Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 507; vgl. jetzt auch G. D. Feldman, Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870-1924, München 1998, S. 505f.

55 Nord-West Nr. 35, 20.9.17, S. 274, Rückschau.

56 Altonaer Nachrichten Nr. 568, 5.12.17; Schwarzenbeker Nachrichten Nr. 145, 4.12.17.

57 U. Lohalm, Völkischer Radikalismus, Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund 1919- 1923. Hamburg 1970, S. 422, Anm. 78.

Schleswig-Hols

Unsere Feinde haben das große Verbrechen dieses Krieges begangen zu dem Zweck, das deutsche Reich zu zertrümmern. Sie schreckten vor keinen Mitteln zurück, sich den Sieg zu sichern, auch vor den verwerflichsten nicht: sie haben farbiges Gesindel aus der ganzen Welt zusammen gefegt, um es gegen unsere Frauen und Kinder loszulassen, und haben den Hungerkrieg gegen unsere ganze friedliche Zivilbevölkerung verhängt, als sie sahen, daß sie uns militärisch nicht niederzwingen konnten. Sie haben unsere Friedensangebote mit Hohn und Spott uns vor die Füße geworfen, sie streben mit hartnäckigster Zähigkeit danach, uns einen Frieden aufzuzwingen, der Deutschland wirtschaftlich für immer vernichtet.

Was schützt uns vor dieser Gefahr?

Auf den Schlachtfeldern die beispiellose Tapferkeit und Standhaftigkeit unserer Streiter zu Lande und zu Wasser, **im Innern entschlossener Siegeswille und unbeirrbare Einmütigkeit im Durchhalten** bis zu einem Frieden, den wir brauchen, um sicher zu sein -- wir und unsere Kinder — vor einem neuen, ungeheuerlichen Verbrechen gegen unser friedliebendes deutsches Volk, einem Frieden, den wir brauchen, um die Möglichkeit zu haben, uns aus den furchtbaren Schäden, die wir durch den Krieg erlitten haben, wieder empor zu arbeiten zu neuem Wohlstande und Gedeihen als **freies** Volk, **nicht** als dienendes Volk, **nicht** als Sklaven Englands!

Was will die deutsche Vaterlandspartei?

Sie will einigen alle deutschen Männer und Frauen ohne jeden Unterschied der politischen Partei, des Ranges, des Standes und der Konfession **zum gemeinsamen Kampfe gegen den äußeren Feind!**

Sie will darüber aufklären, daß ein Friede ohne unbedingt gewährleisteten Schutz unserer Grenzen, **ohne richtige Lösung der belgischen Frage,** ohne handgreifliche Entschädigungen, ohne greifbare Sicherheiten:

1. Dauerndes, schwerstes, wirtschaftliches Elend, Vernichtung des Mittelstandes, Arbeitslosigkeit und Verarmung, Zusammenbruch aller unter unerträglichsten Steuerlasten zur Folge haben müßte; Deutschland in den Klammern des anglo-amerikanischen Mammonismus und Kapitalismus unrettbar ersticken lassen würde;
2. Unsere Landwirtschaft, unsere Industrie, unser Handel und unsere Seegeltung für immer vernichten würde;
3. Unser Land jedem neuen Einfall frevelnder Neider schutzlos preisgeben würde, weil papierne Zusagen unserer Feinde eine genügende Sicherheit **nicht** bieten können. Die Deutsche Vaterlands-Partei enthält sich jedoch der Aufstellung im voraus bestimmter Kriegsziele.

Die Deutsche Vaterlands-Partei will keinem Mitgliede die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei erschweren oder gar verwehren. Sie ist keine politische Partei und hat mit innerer **Politik nichts zu tun,** sie enthält sich jeder Einmischung in diese, nimmt namentlich keinerlei Stellung zur preußischen Wahlreform. Die geht ihren Gang. **Die Deutsche Vaterlands-Partei läßt Jedermanns politische Ueberzeugung unangetastet,** sie ist weder konservativ noch liberal, weder großindustriell noch agrarisch, weder Wehrverein noch alldeutsch. Sie vertritt allein den Standpunkt, daß jetzt keine Zeit ist, hier endlosen Zank und Streit um Dinge, die wir doch nicht von heute auf morgen befriedigend ändern können, daß vielmehr **während des Krieges die gesamte Kraft des deutschen Volkes nur auf den Sieg und einen Frieden gerichtet sein muß, wie wir ihn brauchen, damit unser Vaterland zu neuer Blüte gelange.**

Ueberall in unserer engeren Heimat sind Schleswig-Holsteins Männer und

teiner Landsleute!

Frauen der Deutschen Vaterlands-Partei zugeströmt, zahlreiche Orts- und Kreisgruppen sind entstanden. Am 24. November sind Vertreter aller Gruppen zusammengekommen und haben den

Landesverein für die Provinz Schleswig-Holstein

gegründet. Se. Exzellenz der Herr Großadmiral von Köster, der allverehrte Lehrmeister der deutschen Wehr zur See, die uns schützt vor dem erbarmungslosesten aller unserer Feinde, hat den Ehrenvorsitz übernommen, wir wollen und werden seiner zielbewußten sicheren Führung freudig folgen!

Wir unterzeichneten, dem Vorstande und dem engeren Ausschuß des Landesvereins angehörenden Schleswig-Holsteiner, richten an alle unsere Landsleute Männer wie Frauen, ohne jeden Unterschied, an alle Einwohner unserer Provinz den Ruf:

Landsleute, tretet ein als Mitglieder!
Werbet für den Bund!

Keine Zeit darf verloren werden!

„Der Ubootkrieg wirkt, gewiß ist der Sieg"

hat Hindenburg gesagt.

Dähnhardt, Vizeadmiral z. D., Altona, 1. Vorsitzender.
Dr. Andreae, Landgerichts-Präsident, Kiel.
Dr. Bertram, Itzehoe.
Böje, Hauptpastor, Wandsbek.
Dr. Brunn, Oberrealschuldirektor, Sonderburg.
Detjens, Seminardirektor, Eckernförde.
Johrn, Bürgermeister, Wesselburen.
Dr. Groth, Landgerichts-Präsident, Flensburg.
Hüttmann, Rechtsanwalt, Altona, 2. Vorsitzender.
Ibbeken, Buchdruckereibesitzer, Schleswig.
Krey, Geheimrat, Rödenis-Husum.
Meyer, Amtsvorsteher, Großbüttel bei Wöhrden.
Pauls, Deichgraf, Tönning.
Poel, Geheimrat, Neuhof.
Dr. Rendtorff, Sanitätsrat, Bordesholm.
Schacht, Kreisschulinspektor, Apenrade.
Schwabe, Schulrat, Hadersleben.
Siegel, Schulrat, Tondern.
Volkens, Geheimrat, Altona.
Frau Voß-Zinn, Schwartau, 3. Vorsitzender.

Anmeldungen sind zu richten an die Kreis- und Ortsgruppen oder an die Geschäftsstelle des Landesvereins in Altona, Gr. Bergstr. 266, Handelshof, Z. 40.

Jahresbeitrag ist einzuzahlen bei der Meldestelle. Zahlstelle des Landesvereins: Vereinsbank in Hamburg, Altonaer Filiale, Altona, Königstr. 126. Konto: Landesverein der Deutschen Vaterlands-Partei für die Provinz Schleswig-Holstein.

Alle Orts- und Kreisgruppen werden gebeten, der Geschäftsstelle des Landesvereins schleunigst Namen und Anschriften der Vorsitzenden und Geschäftsführer mitzuteilen.

„Schleswig-Holsteiner Landsleute!" Gründungsaufruf des Landesvereins für Schleswig-Holstein der Deutschen Vaterlandspartei
Quelle: Schwarzenbeker Nachrichten Nr. 145, 4. Dezember 1917

im Hintergrund. Neu war auch die Wahl einer Frau an die Spitze eines Landesvereins; dies war ein einmaliger Vorgang auch für die Gesamtorganisation der Partei. Voß-Zietz[58] war bis 1917 Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei gewesen und hatte dann ihre Partei verlassen. Sie repräsentierte den rechten Flügel innerhalb der deutschen Frauenbewegung: 1916 war sie Mitglied des Engeren Bundesvorstandes des Bundes Deutscher Frauenvereine, in dem sie als Vorsitzende des 1915 gegründeten Verbandes Deutscher Hausfrauenvereine mit damals 29 angeschlossenen Vereinen und 14 945 Mitgliedern amtierte.

Dem Führungsgremium, dem Engeren Ausschuss, gehörten insgesamt siebzehn Personen an: Sieben[59] von ihnen hatten bereits den Nordmarken-Aufruf unterzeichnet. Jetzt traten der Kieler Landgerichtspräsident Andreae, mehrere Seminardirektoren, Kreisschulinspektoren und Schulräte hinzu, weiterhin der Altonaer Geh. Kommerzienrat Wilhelm Volckens[60], Inhaber einer deutsch-amerikanischen Dampfschiffagentur, und für den alten Mittelstand der Buchdruckereibesitzer Rudolf Ibbeken aus Schleswig, Mitglied des Provinzialausschusses der Nationalliberalen Partei.

Der Bund der Landwirte forderte mit dem Slogan „Wir wollen keinen Hungerfrieden“[61] früh seine Mitglieder zum Beitritt auf; auf seiner Provinzialversammlung am 13. Oktober[62] wiederholte der Vorsitzende, Henneberg, seine Beitrittsaufforderung. Dieser berufsständische Interessenverband blieb auch danach der aktivste Part bei der Unterstützung der Partei.

Dem Landesverein angeschlossen waren bis zum Sommer 1918 24 Kreisvereine und 181 Ortsvereine.[63]

Die stärkste Gruppe bei den Vorsitzenden der Ortsvereine stellte mit 42 Nennungen die Landwirtschaft, wobei Gutsbesitzer, Hofbesitzer und Pächter in der Mehrzahl waren (27); es folgten die Inhaber kleinerer Bauernstellen, „Hufner“ und „Landleute“, mit 15 Nennungen. Nur kurz dahinter rangierten die Amts- und Gemeindevorsteher sowie Bürgermeister, in der Regel auf dem Lande selbst mehrheitlich Hofbesitzer, mit 39 Nennungen, so dass insgesamt fast 45 Prozent der Ortsvereinsvorsitzenden aus dem agrarischen Milieu ka-

58 R. Evans, The feminist movement in Germany 1894-1933, London 1976, S. 211; vgl. jetzt auch Chr. Streubel, Radikale Nationalistinnen. Agitation und Propaganda rechter Frauen in der Weimarer Republik, Frankfurt u. New York 2006.

59 Bürgermeister Dohrn (Wesselburen), Amtsvorsteher Meyer (Großbüttel), Geheimrat Poel (Neuhof), Dr. Rendtorff (Bordesholm), Landgerichtspräsident Dr. Groth (Flensburg) und Seminardirektor Detjens (Eckernförde).

60 Volckens war Senior der Firma Funch, Edye Co. in New York und von W. Volckens & Co., Hamburg, Dampfschiffagentur und Schiffsmakler. Er war von 1896-1898 nationalliberales Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses für Altona und von 1890 bis 1907 Stadtverordneter in Altona gewesen.

61 Kieler Zeitung Nr. 437, 18.9.17.

62 Lübecker Generalanzeiger Nr. 241, 16.10.17.

63 Vaterland Jahrbuch 1919, hrsg. im Auftrage der Deutschen Vaterlandspartei unter Mitwirkung vieler bekannter Schriftsteller, Berlin-Zehlendorf o. J. (ca. Juli 1918), S. 116- 117.

Agitation zugunsten der Deutschen Vaterlandspartei: Der Bund der Landwirte in Schleswig-Holstein positioniert sich in der Kieler Zeitung Nr. 437 vom 18. September 1917

Mit dem Morgenblatt zusammen 12 Seiten.

Wir wollen keinen Hungerfrieden!

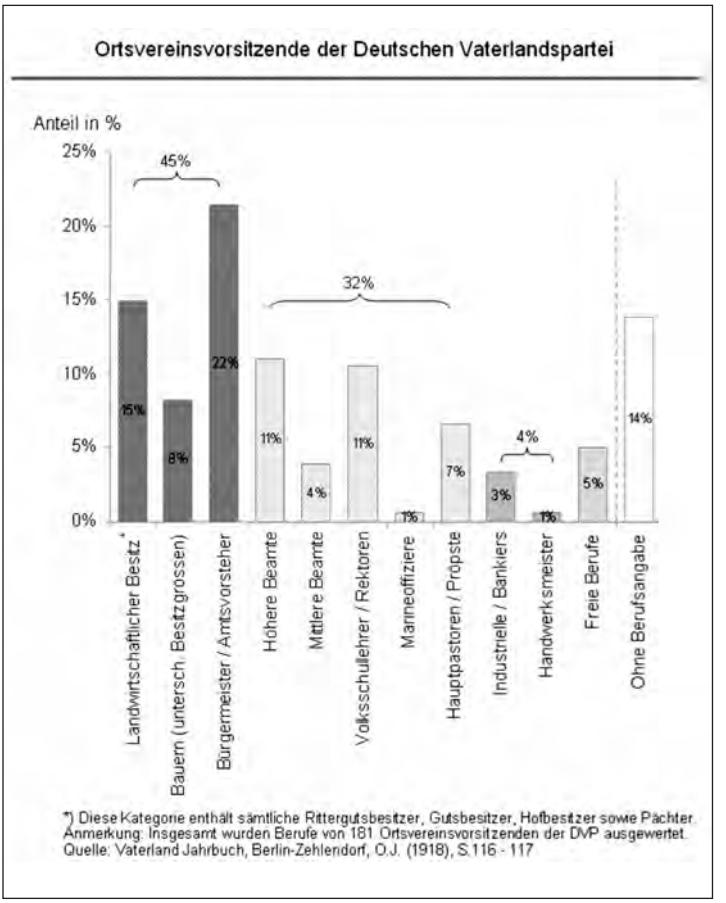
Landwirte! Schließt Euch der

„Deutschen Vaterlands-Partei“

an.

Der Provinzialvorsitzende des Bundes der Landwirte für Schleswig-Holstein
G. Henneberg-Hohenholm.

Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle des Bundes der Landwirte, Kiel, Sophienblatt 7 zu richten.



men, ein schlagendes Indiz für die erfolgreiche politische Mobilisierung des Landes durch die Vaterlandspartei. Es folgten die höheren Beamten (Gymnasiallehrer, höhere Justiz- und Verwaltungsbeamte, Schulräte) mit 20 Nennungen, darunter befanden sich die Landgerichtspräsidenten von Kiel und Flensburg. Die acht Oberlehrer als Ortsvereinsvorsitzende kamen aus den Klein- und Mittelstädten des Landes, so aus Elmshorn, Glückstadt, Husum, Itzehoe, Marne, Oldesloe, Ratzeburg oder Segeberg. Dicht auf folgten Volksschullehrer und Rektoren (19), vor allem auf dem platten Land. Auf Platz 5 rangierten zwölf Pastoren, darunter zwei Hauptpastoren. Es folgten die Freien Berufe (Ärzte und Rechtsanwälte) mit acht und die mittleren Beamten mit sieben Nennungen. Die Industriellen lagen mit sechs Nennungen knapp dahinter. Ein Ingenieur und ein Admiral z. D. – Kontreadmiral von Stubenrauch, Vorsitzender des Ortsvereins Ostufer (Kieler Förde) – beschlossen das Profil der Funktionsträger. Der Alte Mittelstand, selbständiges Handwerk und Kleingewerbe, waren demgegenüber nur mit einem einzigen Vertreter präsent, einem Zimmermeister. Der Neue Mittelstand, Angestellte und kleine sowie mittlere Beamte, fehlten als Funktionsträger ebenso wie die Arbeiterschaft völlig.

Gewichtet man diese Zahlen, so spielten Multiplikatoren, d. h. Personen, die unmittelbar oder mittelbar auf andere einwirken konnten, eine dominante Rolle: Das gilt insbesondere für die Amts- und Gemeindevorsteher sowie Bürgermeister, dann für die Oberlehrer, die Volksschullehrer und Rektoren, die, zumal auf dem Lande, starke Kontingente stellten, und nicht zuletzt auch für die Pastoren.

Der Landesverein gewann bis zum Herbst 1918 mindestens 25 000 Einzelmitglieder[64]; zusätzlich muss davon ausgegangen werden, dass die Mitglieder des Deutschen Flottenvereins, die der Ehrenvorsitzende, Großadmiral von Koester[65] – gleichzeitig Präsident dieser Organisation auf Reichsebene seit 1908 – frühzeitig am 17. September zum Beitritt aufgefordert hatte, korporativ hinzustießen, so dass die Gesamtmitgliederzahl deutlich höher lag.

Nach den Satzungen der Vaterlandspartei vom April 1918 konnte für jede angefangenen 3.000 Mitglieder ein Mitglied in den Reichsausschuss delegiert werden. Neun männliche Mitglieder, aber kein weibliches Mitglied, wurden benannt, neben den beiden Vorsitzenden Dähnhardt und Hüttmann zwei Industrielle aus Altona und Neumünster, die beiden Landgerichtspräsidenten aus Kiel und Flensburg, ein Hofbesitzer und Amtsvorsteher aus Garding sowie ein Gutsbesitzer aus Övelgönne und schließlich ein Schulrat. Volksschullehrer oder Bauern waren nicht delegiert worden. Das Honoratiorenmilieu von Besitz und Bildung blieb also auch hier weitgehend unter sich.

Ein differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man analysiert, welche Gruppen die Gründungsaufrufe in den beiden Großstädten Altona und Kiel und dann im eher kleinstädtisch-ländlichen Bereich von Itzehoe und Umgebung unterzeichneten. Hier handelt es sich mehrheitlich nicht um die Funktionsträger, sondern um die Sympathisanten der Vaterlandspartei.

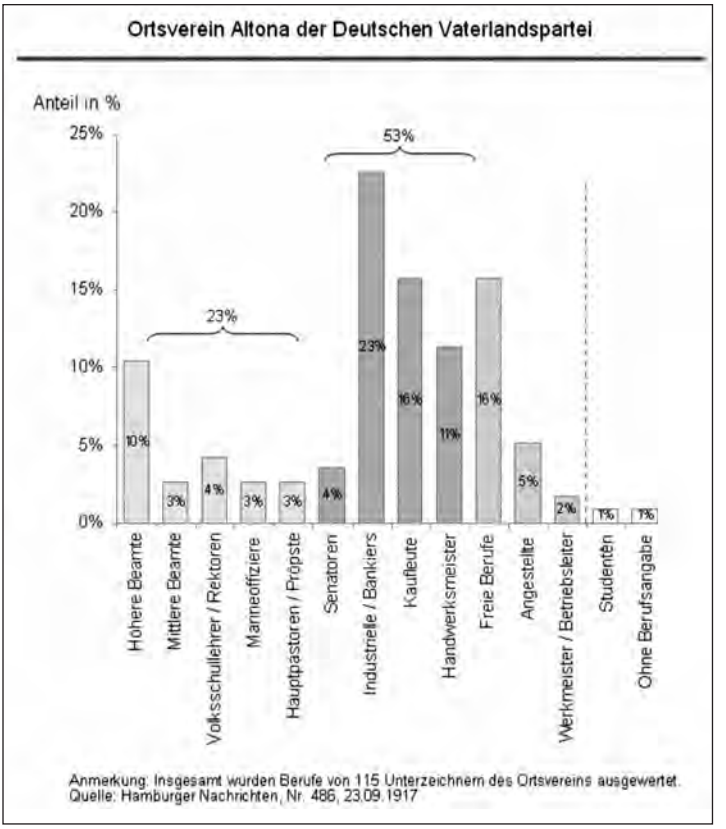
Der Ortsverein Altona. Der Ortsverein Altona wurde am 21. September 1917[66] gegründet. Hier fungierte zunächst Vizeadmiral Dähnhardt, der spätere Vorsitzende des Landesvereins, als erster Vorsitzender, anschließend sein Stellvertreter, der Besitzer einer Dampfschiff-Agentur, der Geheime Kommerzienrat Wilhelm Volckens; Senator Franz Marlow war sein Stellvertreter, Kaufmann und Vorsitzender des Nationalliberalen Vereins Altona. Es dominierte auch hier weithin das Milieu von Besitz und Bildung, mehrheitlich tauchen wieder die Personen auf, die bereits den Aufruf zur Nordmarken-Versammlung mitgetragen hatten. Auffällig für Altona ist, dass hier Fabrikanten und Großkaufleute (25) die stärkste Unterzeichnergruppe bildeten, darunter auch vier der insgesamt fünf unbesoldeten Senatoren der Stadt, Theodor Hampe, Franz Marlow, Emil Seidler und Emil Groth; die kommunale Spitze der Stadt selbst hingegen fehlte, im Gegensatz etwa zur Provinz Hannover, wo sämtliche Oberbürgermeister unterschrieben hatten, und zwar auch in Arbeiterstädten wie Harburg.

64 GStA Berlin, NL Kapp, Rep. 92, D X Nr. 26, Schreiben des Landesvereins vom 3.9.1918 an die Hauptgeschäftsstelle in Berlin.

65 Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei, S. 283; er ist darin zu korrigieren, dass v. Koester nicht „Geschäftsführer", sondern Präsident des Deutschen Flottenvereins war; ebenso war er nicht „Vorsitzender" der schleswig-holsteinischen Landesorganisation der Vaterlandspartei, sondern Ehrenvorsitzender.

66 Hamburger Nachrichten Nr. 486, 23.9.17.

Im Gegensatz zu den Funktionsträgern der Partei, den Ortsvereinsvorsitzenden, war hier der Alte Mittelstand, die kleinen Kaufleute (18) und die Handwerksmeister (13), sehr stark präsent. Nicht nur der Sekretär der Handwerkskammer, sondern auch ihr Vorsitzender, der Inhaber eines größeren Baugeschäftes, der Architekt und Maurermeister Emil Loose, hatten unterzeichnet. Danach folgten die Freien Berufe (18), dann die höheren Beamten (12) aus den Bereichen von Schule und Justiz. Die protestantische Kirche war wieder durch drei Pastoren, darunter der Hauptpastor und Propst Friedrich Paulsen, vertreten. Volksschullehrer inklusive Rektoren (5) lagen etwa gleichauf mit den (höheren) Angestellten (6); nur klein war die Gruppe der kleinen und mittleren Beamten (3). Das Arbeitermilieu war äußerst schwach vertreten, allein ein Werkmeister und ein Betriebsleiter hatten unterschrieben.



Dieses Tableau zeigt, dass neben den Fabrikanten und den höheren Beamten vor allem das mittelständische Lager sich in Altona ausgesprochen massiv für die Programmatik der Vaterlandspartei einsetzte. Man muss davon ausgehen, dass gerade in diesen Gruppen der Protest gegen die Neuorientierung und die Einführung eines womöglich demokratischen Wahlrechts in Preußen besonders stark ausgeprägt war. Sie fürchteten das politische Übergewicht der Ar-

beiterschaft in der Industriestadt Altona und den Verlust ihrer politischen und sozialen Privilegien.

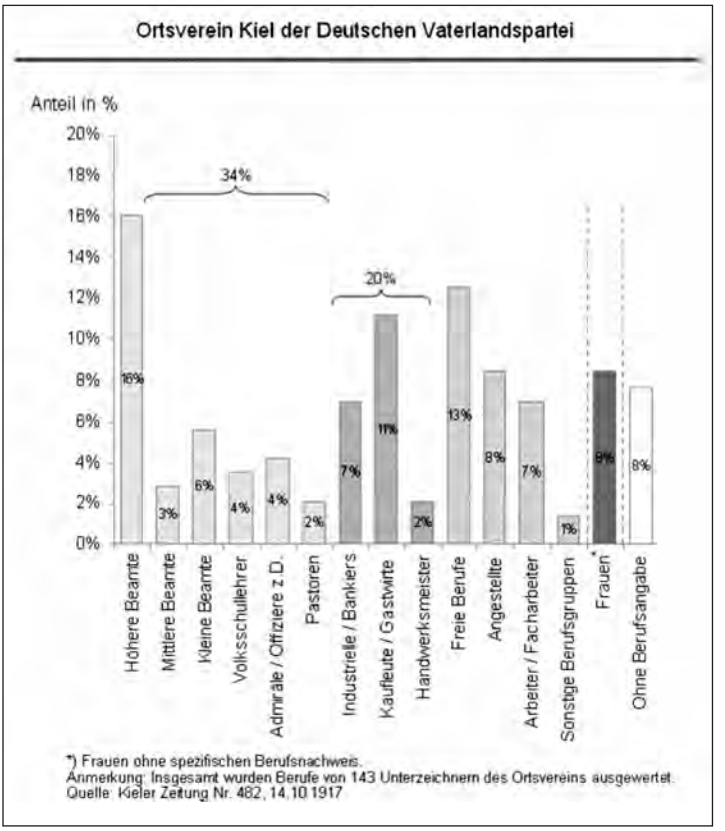
Der Ortsverein Kiel. Ähnlich war die Situation in Kiel, aber es gab deutliche Unterschiede im Einzelnen. Hier war die Ortsgruppe am 5. Oktober 1917[67] gegründet worden. Landgerichtspräsident Andreae fungierte als erster Vorsitzender, als zweiter der Historiker Arnold O. Meyer. Der Gründungsaufruf betonte den „Siegeswillen" und den „Willen zur Eintracht" gegen den „Hader der Parteien". Nach eigenen Angaben hatte der Ortsverein ein paar Tage später bereits 400 Mitglieder gewonnen und ein Beitragsaufkommen von 1500 Mark. Weitere Zahlen sind nicht überliefert[68].

Bei den Unterzeichnern fehlten im Gegensatz zu Altona Vertreter der städtischen Verwaltung. Gesellschaftlich prominent waren neben acht Universitätsprofessoren, dem Landgerichtspräsidenten, einem pensionierten Regierungspräsidenten (Stockmann) und dem Handelskammerpräsidenten der Generalsuperintendent für Holstein, Alfred Petersen, ebenso wie fünf Admiräle außer Dienst[69]. Diese starke Repräsentanz von höheren Marineoffizieren a. D. überrascht in der Garnisonsstadt Kiel sicherlich nicht, denn die Solidarität mit dem Vorsitzenden der Vaterlandspartei, von Tirpitz, war groß. Auf dieser Linie liegt auch, dass sich der Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte, Prinz Heinrich von Preußen, in einem Erlass[70] an die Immediatbehörden der Marine zwar auf Grund der bestehenden gesetzlichen Regelungen gegen den Beitritt aktiver Marineoffiziere zur Vaterlandspartei aussprach, aber keinen Hehl daraus machte, dass die Partei „der guten Sache" diene, wobei er es auch befürwortete, dass aktive Marineangehörige die Partei durch „Geldzuweisungen" förderten.

Es dominierten höhere Beamte (31), wieder vor allem aus dem Bereich der Justiz, die zusammen mit den Universitätsprofessoren (sieben aus der Philosophischen, einer aus der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät) die größte Sozialgruppe bildeten. Es folgten die Freien Berufe (20), die Ärzte und Rechtsanwälte. Bei den Ärzten spielte der Sanitätsrat Hansen im rechten Milieu Kiels eine hervorgehobene Rolle: Er war sowohl Mitglied im Alldeutschen Verband, als Schriftführer der Ortsgruppe, als auch im antisemitischen Deutsch-Bund: Nach dem Kriege war er im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund tätig sowie Leiter der Arndt-Hochschule in Kiel, die den „völkischen Gedanken" propagierte.[71]

Ebenfalls sehr stark – wie in Altona – war die Gruppe der selbständigen Kaufleute und Gastwirte (16), während im Unterschied dazu Handwerksmeister (3) nur gering vertreten waren. Auch die Zahl der Fabrikanten (10) lag in Kiel signifikant niedriger. Dagegen waren hier die kleinen Beamten (8), vor allem aus dem Bereich der Post, zusammen mit den mittleren Beamten (3) deutlich stärker repräsentiert als in Altona. Auch (kleine) Angestellte (11) sowie Vertreter des unselbständigen Mittelstandes (8) – Schlosser, Bautischler, Maschinenbauer, Schiffer – hatten sich, im Gegensatz zu Altona,

67 Kieler Zeitung Nr. 482, 14.10.17.
68 Hamburgischer Correspondent Nr. 515, 9.10.17.
69 Professoren: Berend, Brandt, Dieterici, Hoffmann, A. O. Meyer, Prinz, Reinke, Weyl; Admiräle: Vizeadmiräle Aschenborn und v. Dresky, Kontreadmiräle: Marwede und Galster sowie Großadmiral v. Koester.
70 Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, bearb. von W. Deist, Bd. 1/II (Quellen zur Geschichte. des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: Militär und Politik), Düsseldorf 1970, S. 1048f., Schreiben vom 16. September 1917. Zum reichsweiten Verhältnis Marine-Vaterlandspartei vgl. bes. H. H. Herwig, Das Elitekorps des Kaisers. Die Marineoffiziere im Wilhelminischen Deutschland, Hamburg 1977, S. 168ff.
71 R. Rietzler, „Kampf in der Nordmark". Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1982, S. 152.



hier in relativ großer Zahl solidarisiert. In diese Perspektive passt, dass auch sechs Arbeiter mit unterzeichnet hatten. Einer von ihnen war der Schlosser Niederhoff (geb. 1865), Vorsitzender des Werkvereins der Howaldtswerke, ein Vertreter der nationalen wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung. Anscheinend kamen auch die weiteren Arbeiter-Unterzeichner aus dem nationalen Arbeitermilieu Kiels. Ein Novum war die Tatsache, dass auch zwölf Frauen unterschrieben hatten, und zwar nicht in der Rolle als Ehefrauen gleichzeitig auftretender Männer sondern als Einzelpersonen.

Das „Kleine-Leute-Milieu“ war in dieser Perspektive in Kiel viel stärker als in Altona integriert. Hier war noch am ehesten das von den vereinigten Konservativen im Lande beschworene Konzept einer „konservativen Volkspartei“ realisiert.

Der Ortsverein Itzehoe und Umgebung. Der Gründungsaufruf für Itzehoe und Umgebung vom 10. November 1917,[72] der die ländlichen Gemeinden mit einschloss, scheint auf ein etwas anderes Sozialprofil bei den Unterzeichnern zu verweisen. Hier waren kleinbürgerliche Sozialgruppen stärker integriert, auch in der Führung des Ortsvereins, im Gegensatz zu Altona oder Kiel: Vorsitzende wurden ein Oberlehrer und ein Itzehoer Stadtrat; im engeren Ausschuss saßen zwei weitere Oberlehrer, ein Arzt und ein Amtgerichtsrat, aber auch

72 Glückstädter Fortuna, 10.11.17. Ich verdanke diese Quelle Reimer Möller.

Aufruf!

Durch alle deutschen Gaue ruft die Deutsche Vaterlandspartei zur Sammlung der Kräfte. Dem deutschen Siege gilt ihre Arbeit. Hinweg mit allem Kleinmut, aller Lauheit! **Der Sieg ist dein, Deutschland, wenn Du stark bleibst.** Darum sieht die Vaterlandspartei in der Stärkung des Siegeswillens und der Bekämpfung aller ihm entgegenstehenden Schwierigkeiten ihre große Aufgabe.

Erkenne, deutscher Michel, welche Gefahr dir droht, wenn deine Kraft und Geschlossenheit durch Kämpfe um innerpolitische Streitfragen zermürbt werden. **Das Vaterland über die Partei!** Das ist die Losung. Drum fort mit allen Streitereien. Baut das Haus aus, wenn der stolze deutsche Bau Sturm und Not überstanden hat. Tut dann, was recht und gut scheint; **die Deutsche Vaterlandspartei nimmt zu Fragen innerer Politik keine Stellung** und löst sich am Tage des Friedensschlusses wieder auf. Und gilt: Friede und Eintracht, fleißige, treue Arbeit, unsägliches Ausharren in der Schwere der Zeit, eiserne Tätigkeit im Siegeswillen gegen den Feind, **ein Friede, der dreifache Sicherheiten bietet** für die angehemmte Entfaltung deutscher Stärke an Arbeit und Volkskraft, an Wagemut und Wissen, an Fleiß und Gründlichkeit zum Segen und Gedeihen des Vaterlandes.

Drum auf, deutsche Männer und Frauen! Folgt der Fahne der Deutschen Vaterlandspartei: Sein oder Nichtsein, das ist heute die Frage. Es geht um 1000jähriges deutsches Glück. Laßt den Feind erkennen, daß Deutschlands Innerlichkeit und Stärke nicht zu brechen sind.

In der Erkenntnis der Notwendigkeit dieser Bestrebungen hat sich für Itzehoe und Umgebung eine Ortsgruppe der Deutschen Vaterlandspartei gebildet, der wir beizutreten bitten.

Der Vorstand:

Bertram, Oberlehrer. **Raasche**, Stadtrat.

Der engere Ausschuß:

Prof. **Döhler** (Kassenwart). Zollassistent **Gericke**. Dr. med. **E. Haussen**. Hofbesitzer **Holm**, Oldendorf. Amtsgerichtsrat **Kramer**. Malermeister **Stöven**. Prof. **Straede** (Schriftführer).

Beitrittserklärungen an

Oberlehrer **Bertram**, Itzehoe, Talstraße 8.

Jahresbeitrag mindestens 1 Mk.

Bankkonto der Partei: Westholst. Bank, Itzehoe.

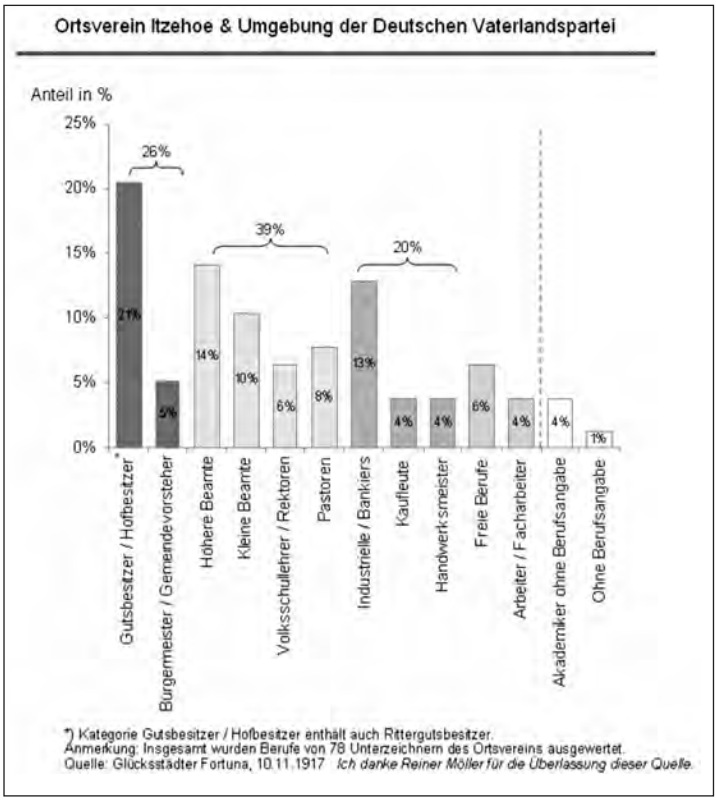
Den Aufruf unterstützen:

Oekonomierat **Abshagen**, Glückstadt. Stadtrat **Becker**, Itzehoe. Fabrikant **A. Biel**, Itzehoe. Hofbesitzer **H. Bielenberg**, Horstermühle. Bürgermeister **Brandes**, Glückstadt. Prof. Dr. **Clasen**, Glückstadt. Kaufmann **O. Doerwald**, Itzehoe. Hofbesitzer **v. Drathen**, Kollmar. Dr. **Engelbrecht**, M. d. H., Oldendorf. **J. v. Essen**, Lehrer, Wilster. Direktor **Finnern**, Glückstadt. Rechnungsrat **Gieske**, Itzehoe. Sanitätsrat Dr. **Gehl**, Glückstadt. Lehrer **Fr. Glindmeier**, Glückstadt. Hofbesitzer **J. Gloy**, Silzen. Rentner **Graberi**, Krempe. Hofbesitzer **Gripp**, Oeschebüttel. Hofbesitzer **H. Greve**, Neuendorf. Rentner **Hell**, Krempe. Justizrat **Hansen**, Itzehoe. Realgymnasialdirektor Dr. **Hoffmann**, Itzehoe. Steuersekretär **Hansen**, Itzehoe. Bankdirektor **Hormann**, Itzehoe. Dr. **Huch**, Itzehoe. Steuersekretär **Inselmann**, Itzehoe. Fabrikant **Karl Junge**, Itzehoe. Amtsgerichtssekretär **Jürgens**, Krempe. Rektor **Kammerhoff**, Itzehoe. Pastor **Klein**, Itzehoe. Wasserbaumeister **H. Knapp**, Glückstadt. Gemeindevorsteher **Körding**, Reusing. Buchhändler **O. Kragh**, Itzehoe. Lazarettdirektor **Kramp**, Itzehoe. Postsekretär **Fritz Lau**, Glückstadt. Kaufmann **A. Mackel**, Itzehoe. Dr. med. **Müller**, Itzehoe. Hofbesitzer **E. Magens**, Strohdeich. Hofbesitzer **J. Meiforth**, M. d. H., Wilster. Gerichtssekretär **Mewes**, Itzehoe. Fabrikdirektor **Naumann**, Itzehoe. Oberstadtsekretär **Nappe**, Itzehoe. **Pahlke**, Itzehoe. Schiffer **H. Seidmann**, Glückstadt. Pastor **Petersen**, Hohenaspe. Kammerherr **Graf zu Rantzau**, Breitenburg. Realgymnasiallehrer **Raabe**, Itzehoe. Buchhändler **Rasch**, Itzehoe. Hauptpastor **Rönnau**, Heiligenstedten. Pastor **Reimers**, Itzehoe. Hofbesitzer **O. Scharmer**, Dauenwisch. Dr. **Neumann**, Itzehoe. Postdirektor **Schmidt**, Itzehoe. Prokurist **A. Path**, Itzehoe. Postverwalter **Schmidt**, Krempe. Hauptpastor **Peters**, Krempe. Hauptpastor **Schwede**, Wilster. Hauptlehrer **Schmalfeldt**, Hohenaspe. Mittelschulrektor **Schulz**, Wilster. Direktor **Schulz**, Itzehoe. Hauptgeschäftsführer **Schwenck**, Itzehoe. **E. Sievers**, Fuhrunternehmer, Itzehoe. Kaufmann **H. Steffen**, Lockstedter Lager. Gutsbesitzer **Heinrich Thams**, Wiedenborstel. Hofbesitzer **M. Thormählen**, Moorhusen. Hofbesitzer **F. Thormählen**, Langenhals. **v. Treyden**, Itzehoe. Dr. med. **Ulen**, Krempe. Hofbesitzer **J. Voß**, Kellinghusen. Rechnungsrat **Voigt**, Itzehoe.

ein Malermeister und ein Zollassistent, also ein kleiner Beamter.

Bei der Masse der Unterzeichner (78) dominierten dann wieder die städtischen und ländlichen Eliten. Die Guts- und Hofbesitzer, zusammen mit dem Bürgermeister von Glückstadt, einem Itzehoer Stadtrat und mehreren Gemeindevorstehern, stellten das stärkste Kontingent (16), darunter der Kammerherr Graf zu Rantzau-Breitenburg, der freikonservative Landtagsabgeordnete Jakob Meiforth-Wilster und das konservative Herrenhausmitglied Thies Engelbrecht. Es folgte die Gruppe der Höheren Beamten (11) und der Fabrikanten und Bankdirektoren (8). Aber schon gleichauf mit letzteren rangierten hier die kleinen Beamten (8). Die Gruppe der Pastoren (6), drei von ihnen Hauptpastoren in Krempe, Wilster und Heiligenstedten, war noch stärker als die der Exponenten der freien Berufe, der Ärzte und Rechtsanwälte (5), gleichauf mit Volksschullehrern einschließlich der Rektoren (5). Relativ klein blieb dagegen die Zahl der Unterzeichner aus dem alten Mittelstand, hier hatten jeweils drei Kleinkaufleute und Kleingewerbler unterschrieben. Dafür waren drei Facharbeiter präsent. Frauen kamen im kleinstädtischen und ländlichen Milieu jedoch nicht vor.

Agitation und Propaganda. Vorträge, Plakat-Aktionen und Aufrufe in der Provinzpresse waren vorrangige mediale Werbeträger der Vaterlandspartei. Auf der Gründungsversammlung des Landesvereins polemisierte der Ehrenvorsitzende, Großadmiral von Koester, gegen die „Flaumacher und Miesmacher“[73] und forderte, die Deutschen müssten ein „Herrenvolk“ werden, sollten sie bei der Verteilung der Welt nicht zu kurz kommen. Die Redner der Vaterlandspartei machten sich auch in der Folgezeit dafür stark, dass die Stellung Deutschlands durch Expansion auf dem Kontinent nach Westen und Osten gesichert werden müsse. Vorrangig für die Gruppe in der Parteiführung um Tirpitz war die Beherrschung Belgiens und der flandrischen Küste: Der Appell hieß: „Gegen England“. Tirpitz selbst trat als Redner in Hamburg am 14. Dezember 1917[74] auf, zusammen mit Anton Schifferer. Anwesend waren laut Polizeibericht 1800 Personen, in einer weiteren Veranstaltung in Hamburg sogar 4000. An solche Zahlen konnten die lokalen Redner in Schleswig-Holstein natürlich nicht anknüpfen. Auch Dähnhardt machte sich wie Tirpitz hauptsächlich für die westlichen Kriegsziele in Belgien und Holland stark. Er trat unter anderem in Altona, in Itzehoe und in Bad Oldesloe, hier zusammen mit Martha Voß-Zietz, auf.[75]



Linke Seite:
Werbeaufruf der Deutschen Vaterlandspartei für Itzehoe und Umgebung in der Glückstädter Fortuna vom 10. November 1917. (Ich danke R. Möller für die Überlassung dieser Quelle.)

Eine andere Gruppe in der Führung der Vaterlandspartei um Wolfgang Kapp propagierte neben der Expansion nach Westen vor allem die nach Osten. Dieser Strategie gab auch die Zeitschrift „Nord-West“ ein Forum, so reklamierte z. B. der Dorpater Rechtsanwalt Adalbert Volck, in der Frühphase der Weimarer Republik bis 1924 zeitweise Konkurrent Adolf Hitlers als völkischer „Führer“ in

73 Kieler Zeitung Nr. 552, 25.11.17, Deutscher Siegeswille.
74 Vgl. die Polizeiberichte in: StA Hamburg, Politische Polizei Nr. S 20640, Bd. 2.
75 Vgl. Möller, Eine Küstenregion, S. 182; Dähnhardt sprach am 8. Januar 1918 in Oldesloe zusammen mit Voß-Zietz.
76 Nord-West Nr. 21, 1.7.18, S. 135 ff.

Deutsche Vaterlandspartei.
Montag den 12. November, 5.30 nachm.,
im Kaisersaal zu Itzehoe
Oeffentlicher Vortrag
des Vizeadmirals z. D. Dähnhardt, Exzellenz
über
„Frieden und Vaterlandspartei“.
Jedermann willkommen.

Der 1. Vorsitzende des Landesvereins Schleswig-Holstein der Deutschen Vaterlandspartei spricht. Annonce in der Glückstädter Fortuna vom 10. November 1917.

Norddeutschland, das „Arbeiterinteresse am baltischen Siedlungsland“[76].

Dieser alldeutsche Annexionismus dominierte bei den Rednern in der schleswig-holsteinischen Provinz. Antisemitische Untertöne waren dabei nur ganz vereinzelt zu finden. Sie finden sich eher bei den Rednern des Bundes der Landwirte, die ja ebenfalls für die Ziele der Vaterlandspartei eintraten. Vor Ort sprachen vor allem Oberlehrer, Apotheker, Pfarrer, Amtsvorsteher und Volksschullehrer für die Partei.[77] Insbesondere Oberfohren zog seit dem Spätherbst 1917 als Dauerredner durch die Provinz: So trat er Mitte Dezember in Neustadt und Hohenwestedt, im Januar 1918 in Plön, Mölln und Gettorf auf. Im Februar redete er in Wankendorf und Bornhöved, im März in Ahrensbök, Lübeck und in Lütjenburg. Im April war er in Altona, und im Juli 1918 in Schwartau, Fargau und in Schernsberge (Angeln), wo er zusammen mit dem Landgerichtspräsidenten Groth aus Flensburg vor 300 Teilnehmern sprach.[78]

Der Höhepunkt dieser nationalistischen Propaganda lag im Herbst und Winter 1917/18. Im Januar 1918 flaute die Agitation et-

Warum muß ich
der
Vaterlandspartei
beitreten?

Landesverein der
Deutschen Vaterlandspartei für Hamburg.

Werbe- und Agitationsformen der Deutschen Vaterlandspartei: Werbebroschüre, hier für den Landesverein Hamburg, Titelblatt. Identische Broschüren gab es für den Landesverein Schleswig-Holstein. Quelle: Privatbesitz (Stegmann)

77 So traten z. B. in Trittau im Januar 1918 als Redner Pastor Sommerfeldt und der Apotheker Laubinger auf, vgl. Oldesloer Zeitung Nr. 16, 19.1.18.

78 Vgl. die Hinweise in Nord-West, auf Einzelbelege wird hier verzichtet.

Die Zukunft der deutschen Arbeiter!

Bremen, im Mai 1917.

Arbeiter!

Das einzige Mittel, um Deutschland mit seinem kräftigen und intelligenten Arbeiterstand vor gänzlichem Niedergang zu retten und es wehrfähig gegen die Feinde ringsum zu erhalten, ist nicht allein die Wiedererwerbung unserer sämtlichen Kolonien, sondern eine Vermehrung derselben durch den Friedensschluß. In den Kolonien können alle überschüssigen deutschen Kräfte für das Vaterland und für sich selbst gewinnbringende Beschäftigung finden, und zwar durch Anbau von Baumwolle, Schafzucht, Wege- und Bahnbau usw. Das Ergebnis wird dann sein, daß Hunderttausende unserer Krieger und Arbeiter sich dauernd in den Kolonien ansiedeln, ihre Familien nachkommen lassen und dem Deutschen Reiche erhalten bleiben. Wie leicht kann es da ein deutscher Arbeiter nach mehreren Jahren Arbeit zu einem Besitz von 40 Morgen Land und einer großen Anzahl von Rindvieh und Schafen bringen und so unter dem Schutz des Deutschen Reiches zu Wohlstand gelangen oder sonst sein Gewerbe unter günstigeren Verhältnissen ausüben als es ihm früher im alten Vaterlande möglich war.

Die alten Kolonialvölker, wie Engländer, Spanier, Portugiesen, Holländer und Franzosen haben dieses System schon seit Jahrhunderten, und Millionen Menschen, die im Vaterlande nichts besaßen, kamen in den Kolonien hoch und wurden reiche Leute, und deren Nachkommen sieht man es heute nicht an, daß ihre Großeltern als ganz arme Leute in die Kolonien gegangen sind.

Wenn nun die sozialdemokratischen Führer in Stockholm zusammenkommen und wenn dann die deutschen Vertreter von einem Frieden ohne Entschädigungen sprechen, dann kann das den Führern der feindlichen Länder nur recht sein, denn Deutschland verschenkt dann das, was es in Händen hat. Dabei verlangen die Franzosen und Engländer aber außerdem noch Teile alten deutschen Besitzes und Kriegsentschädigungen von dem siegreichen Deutschen.

Warum soll der deutsche Arbeiter immer in der ganzen Welt hintenan stehen und nicht jetzt auch die Gelegenheit benutzen, die sich ihm durch die augenblickliche Kriegslage bietet, zu Wohlstand zu gelangen und unendliches Unglück, welches ein schlechter Friedensschluß uns bereiten würde, von sich abzuwenden? Sind wir wirklich so dumm und gutmütig, daß wir aus einem übertriebenen Gerechtigkeitsgefühl heraus uns wieder hineinlegen lassen wollen, während sich die Arbeitermassen unserer Feinde in unseren uns abgenommenen Kolonien bereichern können? Sind wir wirklich solche Michel und Dummköpfe? Soll der deutsche Arbeiter aus Mangel an Arbeit im Vaterlande gezwungen werden, in Feindesland zu gehen, um da Arbeit zu bekommen? Sollen wir diesen Augenblick, in dem sich unser Schicksal zum Bessern wenden kann, unbenutzt lassen?

Kolonien in Afrika oder sonstwo haben aber gar keinen Zweck und würden uns im nächsten Kriege wieder abgenommen werden, wenn nicht das Vaterland selbst stark genug ist, dieselben gegen jeden Angriff zu schützen. Diese Kraft haben wir aber augenblicklich in Händen, das beweist die jetzige Kriegslage, und wäre es eine große Unvernunft, wenn wir die besetzten Gebiete in einer solchen Weise wieder herausgeben würden, daß dieselben wieder Angriffsgebiete gegen uns **anstatt Schutzgebiete für uns** würden. Warum sollen wir immer unsern Feinden und deren unverschämten Forderungen entgegenkommen, nur weil einige Führer das wünschen, weil sie wissen, daß ein verarmter Arbeiterstand leichter ihrem Einfluß unterliegt, als einer, der sich wohl fühlt und Aussicht hat, in die Höhe zu kommen. **Fragt doch einmal die feldgrauen Krieger,** ob die all das Land wieder heraus geben möchten, das wir erobert haben. Hätten wir Elsaß-Lothringen in diesem Kriege nicht gehabt, dann hätten wir es unter Aufopferung einer Unzahl Menschen wieder erobern müssen, und dasselbe würde der Fall sein in einem zukünftigen Kriege, mit Belgien, einem Teil von Frankreich, Polen und den baltischen Provinzen.

Sichern wir uns die eroberten Länder in der Weise, daß sie nicht wieder zum Aufmarschgebiet für unsere Feinde werden können, dann genügt das, um uns **so stark** zu machen, **daß keine Vereinigung von Völkern uns je wieder angreift** und daß man uns auch unsere Kolonien, die ein gün-

stiger Friedensschluß uns zum Wohle des deutschen Arbeiterstandes bringen muß, in aller Ruhe beläßt.

Die Geschichte mit dem Raben und dem Fuchs findet hier Anwendung, wo der Rabe ein Stück Fleisch im Schnabel hat und der Fuchs ihm sagt, er hätte doch eine solch schöne Stimme, er möchte doch einmal singen. Der Rabe öffnet den Schnabel, das Fleisch fällt hinunter, und der Fuchs frißt es. So wird auch den deutschen Sozialdemokraten jetzt von den englischen und französischen gesagt: „Ihr seid ein solch gerechtes Volk, Euer Feind ist das Militär-System." Dabei ist das englische und französische Militärsystem viel schlimmer. **Unsere Vertreter sollen beschwatzt werden,** daß Deutschland alle Vorteile wieder herausgeben soll, damit **auf Kosten des deutschen Arbeiterstandes** der englische und französische sich bereichern können. **Herausgeben kann man immer, wenn man das für recht hält, aber wiederbekommen ist schwer, wenn man es nötig hat.**

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind eine große Demokratie, aber der Herrscher daselbst ist das Großkapital und dessen Betreter ist Präsident Wilson, der ohne Einschränkung mit seinem Lande verfährt, wie es ihm paßt und wie ein moderner Herrscher in einer gesunden Monarchie es niemals wagen könnte, denn der Deutsche folgt seinem Herrscher nur mit gutem Willen zum Kriege, wenn er sieht, daß der Krieg auch ein gerechter und ein Verteidigungskrieg ist. Aber der Krieg der Vereinigten Staaten gegen uns ist eine **himmelschreiende Ungerechtigkeit.** Derselbe zielt nur darauf ab, den deutschen Handel und die deutsche Schiffahrt in der ganzen Welt zu zerstören, um die eigene Schiffahrt und den eigenen Handel an ihre Stelle zu setzen.

In Frankreich hat die Republik dem Lande nur Unheil und viele Kriege und mit diesem Kriege fast den Untergang der ganzen Nation gebracht. Auch in Frankreich regiert das Großkapital. **Die Arbeiter glaubten da zu herrschen,** ebenso wie in den Vereinigten Staaten und in England, aber dieser Krieg hat ihnen gezeigt, wie man sie in demokratischen Ländern behandelt. Wer gleiche Pflichten hat, der hat auch gleiche Rechte! Das ist in Deutschland der Fall, aber nicht in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten.

Aufrührer in Frankreich haben sich zu allen Zeiten bei ihren Umstürzen auf die Arbeiter gestützt, um die Regierung zu stürzen. Nachher stützten sie sich aber auf die Polizei, um die Arbeiter wieder zu unterjochen. Mit schönen Redensarten und großartigen Versprechungen ist noch nie die Welt gut regiert worden. Dem englischen und französischen Arbeiter kann mit Recht viel mehr Blödsinn seitens seiner Regierenden geboten werden, weil er eine schlechtere Schulbildung als der deutsche Arbeiter hat und nur das von der Weltgeschichte weiß, was seine Regierung ihn wissen lassen will.

Wenn wir jetzt, da wir auf allen Seiten im Siegen sind, einen faulen Frieden machen, **dann wird der gutmütige Deutsche wieder wie früher in der ganzen Welt ausgelacht.** Er kann sich dann wieder an schönen Reden berauschen, aber **zu essen bekommt er damit nichts, sondern er verarmt endlos.** Muß der Deutsche sich denn immer vor andern fremden Nationen verbeugen, und darf er nicht auch einmal stolz sein Haupt erheben?

Wenn wir keine Kolonien bekommen, dann werden die Länder, welche Kolonien haben, ihre Rohstoffe bei uns verarbeiten lassen, das feindliche Ausland und das feindliche Kapital werden unsere Arbeitgeber und **wir werden ihre Lohnsklaven und ihre Kriegssträflinge.**

Arbeiter, macht die Augen auf!

Wilhelm Wahl, Schlosser.

Um Nachdruck wird ersucht.

was ab, nachdem durch den Friedensschluss von Brest-Litowsk die deutschen Kriegsziele im Osten realisiert zu sein schienen. Im Zuge der großen militärischen Frühjahrsoffensive im Frühjahr 1918 intensivierte sich dann die Versammlungstätigkeit wieder und dauerte bis in den Spätsommer hinein an.

Unterstützung erhielten die Redner durch die Provinzpresse, vor allem die „Kieler Neuesten Nachrichten", die sich „bedingungslos"[79] – so die Parteizentrale in Berlin – der Vaterlandspartei zur Verfügung gestellt hatten. Als „freundlich gesinnt" galten die „Itzehoer Nachrichten", die „Elmshorner Nachrichten", die „Schleswigsche Grenzpost" und die „Kieler Zeitung". Größter Aktivposten blieben aber die „Kieler Neuesten Nachrichten", damals die größte schleswig-holsteinische Tageszeitung mit einer Auflage von ca. 90.000.

Neben der Beeinflussung der in der Partei vertretenen sozialen Gruppen und dem Druck auf den politischen Gegner war die ideologische Indoktrinierung der Arbeiterschaft ein wichtiges Propagandaziel. Zielgruppe dafür war einmal die nationale wirtschaftsfriedliche Arbeitnehmerbewegung im Lande, die beispielsweise in Kiel und Rendsburg über nationale Werkvereine verfügte und schon vor 1914 ein eigenes Vereinsorgan, die „Nationale Arbeiter-Zeitung", besaß. Darüber hinaus sollte die nationalistische Propaganda aber auch die sozialdemokratische Industriearbeiterschaft erreichen.

Zu diesem Zweck hatte der Bremer Schlosser Wilhelm Wahl, der als sogenannter Sozialsekretär bei der AG Weser (Krupp) beschäftigt war, einer Großschiffswerft mit 1915 mehr als 9000 Beschäftigten, in Zusammenspiel mit den industriellen Hintermännern des Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden beziehungsweise der Vaterlandspartei in Berlin einen sogenannten Freien Ausschuss für einen Deutschen Arbeiterfrieden[80] gegründet. Die Zentrale der Vaterlandspartei in Berlin vertrieb nicht nur Wahls Flugschriften in der eigenen Schriftenvertriebsstelle, sondern hatte auch Anfang 1918 eine eigene Arbeiterabteilung innerhalb der Parteizentrale ins Leben gerufen, die von dem Vorsitzenden des Bundes vaterländischer Arbeitervereine, Robert Peter, geleitet wurde.

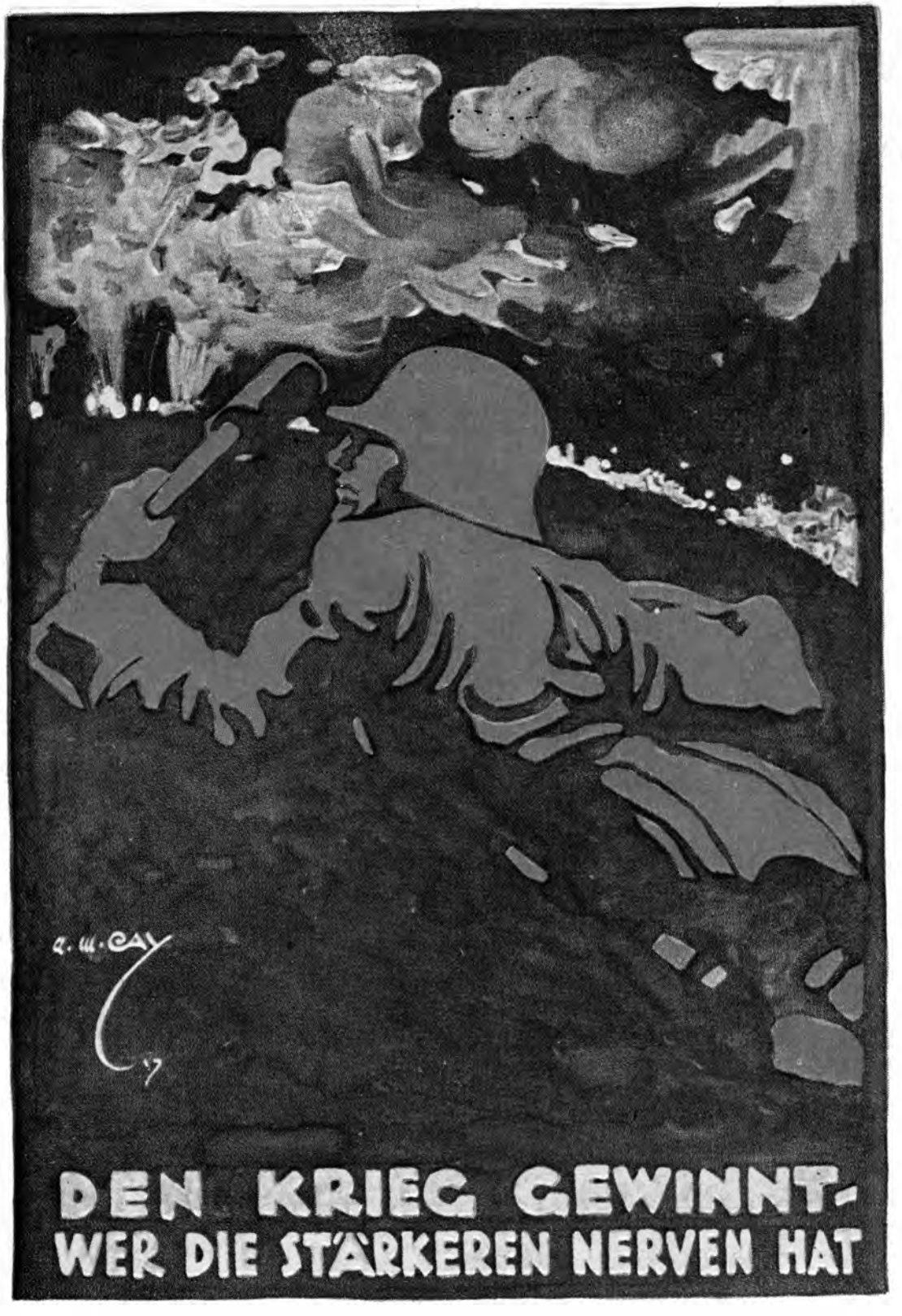
Die Presseabteilung des stellvertretenden Generalkommandos des IX. Armeekorps in Altona stellte Wahls Druckschriften Behörden und Verwaltungen zur Verfügung; sie wurden zum Beispiel in Hadersleben, Marne und Elmshorn offiziell durch Polizeibeamte verbreitet. In Rendsburg sorgte die Stadtverwaltung für die Verteilung unter den städtischen Arbeitern, und im Munitionsdepot der kaiserlichen Marine in Dietrichsdorf bei Kiel waren sie auf den Tischen der Speiseanstalt ausgelegt. Der Landrat von Meldorf, Wachs, solidarisierte sich im August 1917 ausdrücklich mit dieser Praxis[81] und merkte gegenüber dem Schleswiger Regierungspräsidenten an, der ihn zur Stellungnahme auf einen kritischen Artikel in der Presse aufgefordert hatte, der Aufruf Wahls sei „der Verbreitung in Arbeiterkreisen durchaus wert" angesichts der „sozialdemokratischen Friedens-Flaumacherei." Solche Statements zeigen die ideologische Zustimmung eines Teils der kommunalen Verwaltung, der staatli-

Linke und vorangehende Seite:
Appell an die Arbeiter: Eine Flugschrift des Vorsitzenden des sog. Freien Ausschusses für einen deutschen Arbeiterfrieden, des Bremer Schlossers Wilhelm Wahl, Mai 1917; das Flugblatt wurde 1917 und 1918 u. a. auf den norddeutschen Werften, in den größeren Industriebetrieben und in den städtischen Verwaltungen seitens der Pressestelle des IX. stellv. Generalkommandos in Altona in hoher Auflage verteilt.
Quelle: Staatsarchiv Bremen, 3,1- M. 2. h. 2, Nr. 81; Staatsarchiv Hamburg, Senatskriegsakten, B II a 8; LA Schleswig Abt. 309/8309, Volksaufklärung im Kriege, Landrat in Meldorf an Reg. Präs., 14. August 1917.

79 GStA Berlin, NL Kapp, Rep. 92, D X Nr. 9, auch für das Folgende. Der Alldeutsche O. H. Hopfen (vgl. Anm. 41) ging so weit zu behaupten, die Zeitung arbeite „seit kurzem in unserem Sinn".

80 Vgl. D. Stegmann, Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910- 918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII, 1972, S. 351-453 (mit einem Dokumententeil), dort auch Wahls Flugblatt: „Die Zukunft der deutschen Arbeiter!". Wahl war im April 1918 Mitglied des Gesamtvorstandes des Bundes Deutscher Werkvereine, vgl. Der Werkverein Nr. 18, 4.5.18.

81 LAS, Abt. 309/8309, Regierungspräsident Schleswig an Landrat in Meldorf, 6.8.17; Landrat in Meldorf (Wachs) an Reg.Präs., 14.8.17.


A. M. CAY
DEN KRIEG GEWINNT-
WER DIE STÄRKEREN NERVEN HAT

chen Bürokratie wie der Militär- und Marinebehörden zu den Zielen der Vaterlandspartei; andererseits waren diese Instanzen nur allzu bereit, die politischen Positionen der SPD mit der Waffe der Pressezensur bzw. bei der Genehmigung von Versammlungen zu unterdrücken.[82]

In dieser Perspektive ist es kein Zufall, dass im April 1918 ein nationaler Vorzeige-Arbeiter aus Flensburg, der „Verbandssekretär" Barkei, also ein Funktionär der „gelben" Arbeiterbewegung, der auf den Gründungsaufrufen der Vaterlandspartei allerdings nicht aufgetaucht war, zusammen mit sechs weiteren Personen, darunter die drei Parteivorsitzenden aus Schleswig-Holstein, am zweiten Parteitag am 15. April 1918 in Berlin teilnahm. Barkei wurde Anfang September 1918 vom Berliner Parteivorstand sogar in den so genannten Reichsausschuss berufen[83], ein Gremium, in dem prominente Unterstützer der Partei versammelt waren.

Es ist nur schwer festzustellen, wie erfolgreich die Propaganda der Vaterlandspartei war. Sicherlich ist die Industriearbeiterschaft, sowie sie sozialdemokratisch orientiert war, kaum erreicht worden. Dafür boten aber neben dem ländlichen und mittelständischen Milieu die nationalen Arbeiter durchaus einen Resonanzboden. Das gilt auch in eingeschränkter Weise für die Frauen. Vor allem in konservativen Kreisen, in der Stadt wie auch vor allem auf dem Land, war für ihre politische Betätigung lange Zeit kein Forum vorhanden gewesen. So hatte zum Beispiel Oberfohren[84] noch im Herbst 1913, nachdem in Berlin die Vereinigung konservativer Frauen gegründet worden war, aus seiner Skepsis über diese parteinahe Gründung keinen Hehl gemacht. Die Vaterlandspartei brach mit dieser Praxis, wie die Gründungsaufrufe beweisen. In Kiel unterschrieben auch Frauen, und Martha Voß-Zietz trat als Parteirednerin auf. Dass man Frauen als stategischen Bündnispartner im Blick hatte, zeigt sich auch darin, dass die Vaterlandspartei in Berlin im Frühjahr 1918 eigens eine Frauenabteilung einrichtete.

In der Propaganda selbst verschränkten sich insgesamt Elemente der traditionellen konservativ-rechtsliberalen Honoratiorenpolitik der Vorkriegszeit mit neuen Tendenzen zur Massenmobilisierung von unten, dem Appell an die kleinen Leute und die vorher Unpolitischen.

Kontinuitätslinien. Die Gruppen, die in Schleswig-Holstein für die Deutsche Vaterlandspartei optiert hatten, fanden sich im Winter 1918/19 mehrheitlich im Landesverband der DNVP wieder. Basis[85] der neuen Rechtspartei in Schleswig-Holstein war der harte Kern der Vaterlandspartei: Das gilt für die Höheren Beamten (Professoren, Oberlehrer, Landgerichtspräsidenten und -direktoren) wie für den grundbesitzenden Adel (Graf Baudissin-Borstel, Graf Bülow-Kühren, Freiherr von Hollen-Schönweide, Graf Reventlow-Wittenberg, Graf Reventlow-Altenhof, Graf von Waldersee-Neverstorff), die bürgerlichen Gutsbesitzer (Georg Henneberg), die Vertreter der freien Berufe (unter anderen Ernst Bokelmann), die Hofbesitzer, die

Linke Seite:
Farbige Werbepostkarte, Berlin 1917, Verfasser A. M. Cay, mit rückseitigem Aufdruck: „Helft dem Vaterland siegen! Tretet der Deutschen Vaterlandspartei bei!"
Quelle: Privatbesitz (Stegmann)

82 Fst. Hamburg, 716-3, Deutsche Vaterlandspartei, Polizeiverwaltung Flensburg (Todsen) an stellv. Generalkommando Altona, o. D. (Anfang November 1917); in diesem Schreiben stellte der Oberbürgermeister, als es zu Auseinandersetzungen zwischen SPD und Vaterlandspartei in der Flensburger sozialdemokratischen Presse kam, den militärischen Stellen in Altona anheim, ob „derart aufreizende Veröffentlichungen nicht zu verhindern sein möchten", die „geeignet" seien, „den inneren Frieden erheblich zu gefährden."

83 GStA Berlin, NL Kapp, Rep. 92, DX Nr. 17.

84 E. Oberfohren, Die „Vereinigung konservativer Frauen", in: Nord-West Nr.18, 28.9.13, S. 305 f. Es handelt sich hier um den ersten namentlich gekennzeichneten Artikel von Oberfohren.

85 Vgl. die Unterzeichner des Gründungsaufrufs in: Nord-West Nr. 32, 15.12.18, S. 218.

Pächter, die Bürgermeister (Dohrn, Max Röer) oder die Exponenten des Alten Mittelstandes, die jetzt in weitaus größerer Zahl als zuvor den Gründungsaufruf unterzeichneten, ebenso wie die Frauen und einzelne Arbeiter. Nur traten jetzt bürgerliche – und auch deutlich jüngere – Repräsentanten an die Spitze des Landesverbandes, der Kieler Rechtsanwalt Schäfer und vor allem Oberfohren, damals erst 38 Jahre alt, eine neue Politiker-Generation.

In dieser Perspektive überrascht es auch nicht, dass zu den Kandidaten des Landesverbandes für die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung im Januar 1919 unter anderem Martha Voß-Zietz und der Arbeitersekretär Barkei aus Flensburg gehörten.[86]

Am rechten Rand dieser betont antidemokratischen Partei fanden sich die explizit völkisch-antisemitischen Parteigänger wieder; dazu gehörte neben Alfred Roth[87], der ebenfalls auf der Vorschlagsliste für die Nationalversammlung stand, als prominentester Vertreter der ehemalige 2. Vorsitzende der Deutschen Vaterlandspartei, Richard Hüttmann. Er wurde 1919 Mitglied des massiv antisemitisch agitierenden Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, einer Tarnorganisation des Alldeutschen Verbandes. Nach dessen Verbot 1922/23 warb er 1924 an seinem neuen Wohnort Bargteheide für die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung und trat zusammen mit dem späteren Gauleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein, Hinrich Lohse, als Redner auf. Ende der 1920er Jahre stieß er dann endgültig zur NSDAP.[88]

Die Entwicklung in Schleswig-Holstein im konservativen Lager im Untersuchungszeitraum 1912 bis 1918 ist weithin exemplarisch für die protestantisch-ländlich-kleinstädtischen Provinzen in Preußen. Signifikante Unterschiede finden sich vor allem in den überwiegend katholischen Gebieten des Deutschen Reiches, in Bayern, Württemberg und Baden.

Erweitert man die Perspektive von der Region auf die Politik der Parteileitung in Berlin um Kapp und seine politischen Freunde Hugenberg, Kirdorf und Stinnes – Tirpitz war weithin nur Galionsfigur für das marinebegeisterte Bürgertum – so lassen sich signifikante Veränderungen des traditionellen Politikstils im deutschen Konservativismus diagnostizieren. Die traditionelle Honoratiorenpolitik wurde im Ersten Weltkrieg durch den Appell an den „kleinen Mann" erweitert, dabei radikalisierte sich der Politikstil gegenüber der Vorkriegszeit. Vor allem im ländlichen und kleinstädtischen Bereich, weniger im großstädtischen Umfeld, erzielte man mit dieser Strategie durchaus Erfolge. Jetzt diente ein radikaler Nationalismus und Annexionismus als Integrationsideologie, der sich am rechten Rand der Deutschen Vaterlandspartei mit antisemitischen und antiparlamentarischen Agitationselementen verschränkte. Ein schlagendes Beispiel für solche präfaschistischen Tendenzen ist die von den Hintermännern um Wolfgang Kapp lancierte Gründung einer Deutschen Arbeiter- und Angestelltenpartei im Frühjahr 1918, ein Stück ideologische und personelle Vorgeschichte der späteren DAP/NSDAP,

86 Nord-West Nr. 33, 1.1.19, S. 228.

87 Zu Roth vgl. Lohalm, Völkischer Radikalismus bes. S. 56 ff. Er war ursprünglich führender Funktionär des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in Hamburg gewesen. 1908 hatte er im Wahlkreis 10 (Herzogtum Lauenburg) für die antisemitische Deutsch-Soziale Partei kandidiert. Im Reichshammer-Bund von Th. Fritsch seit 1912 und als Initiator des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1918/19 war er führend in der antisemitischen Bewegung tätig. 1917 schied er als Leutnant kriegsbeschädigt aus dem Militärdienst aus und war danach eine Zeitlang als sog. Sozialsekretär bei den Rheinischen Stahlwerken in Duisburg angestellt.

88 Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 422; Redner zusammen mit Lohse, vgl. Oldesloer Landbote Nr. 282, 30.11.24; Nr. 287, 6.12.24. Diese Hinweise verdanke ich meinem Kasseler Kollegen Jens Flemming.

denn der Gründer der DAP in München 1919, Anton Drexler, war 1917 Mitglied der Ortsgruppe München der Deutschen Vaterlandspartei.

Der politische Konservativismus einschließlich der sie tragenden Eliten im Bereich der (Groß)Landwirtschaft, der (Groß)Industrie, in wichtigen Teilbereichen der staatlichen Verwaltung sowie der Bildungseliten in Universität und Schule reagierte also keineswegs, wie es ein Teil der Historiographie zum Kaiserreich behauptet, nahezu ohnmächtig bzw. passiv auf den Prozess der Demokratisierung in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland. Im Gegenteil mobilisierten diese Gruppen seit dem Wahldebakel 1912 ihre Klientel mit der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei 1917 als einer breiten außerparlamentarischen Sammlungsbewegung.

Bündnispartner blieben weiterhin die Mehrheit im sogenannten Alten Mittelstand, das heißt die kleinen Selbständigen in Handwerk und Kleingewerbe, dazu Teile des Neuen Mittelstandes, zumal der (kleinen und mittleren) Beamten, dazu die nationale Arbeiterschaft einschließlich der Landarbeiter und schließlich der konservative Flügel der deutschen Frauenbewegung um die Hausfrauenvereine. Die Industriearbeiterschaft und die große Mehrheit der organisierten Angestellten im Neuen Mittelstand wurden jedoch nicht erreicht. Dieser Befund gilt mit den dargestellten Einschränkungen auch und gerade für Schleswig-Holstein.

Erst die sich seit dem sogenannten Schwarzen Freitag am 9. August 1918 abzeichnende militärische Niederlage machte die Hoffnung der Führungsspitze der Vaterlandspartei zunichte, den Reichstag zu stürzen und mit Hilfe der Obersten Heeresleitung um Ludendorff und Hindenburg die politische Verantwortung in einer von ihr gestellten Reichsregierung zu übernehmen. Der erwartete Siegfrieden im Gefolge der Frühjahrsoffensive 1918 hätte sicherlich die Vaterlandspartei zur beherrschenden politischen Kraft in Deutschland gemacht.

Der harte Kern der Vaterlandspartei um Wolfgang Kapp und einen Teil der Generalität suchte in der verhassten neuen Republik von Weimar – vergeblich – mittels eines bewaffneten Putsches an alte Zielsetzungen anzuknüpfen. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 blieb zwar Episode, zeigt aber ideologische Kontinuitätslinien auf, die auch im weiteren Verlauf der Weimarer Republik – Kabinett Papen – nicht aufgegeben wurden.